

Ideale, Illusionen und Wirklichkeit

Einige persönliche Überlegungen zu Bildung und Erziehung in der DDR im Widerspruch zu Margot Honeckers Gespräch zur Volksbildung in einem Buch des Verlags Das Neue Berlin

Vorbemerkungen	2
Ehrenwerte Absichten und Leistungen des DDR-Bildungssystems	4
Schule und Gesellschaft natürlich eng verbunden	5
Unser Menschenbild: Der Mensch doch zu wenig Bürger, zu wenig Subjekt der Gesellschaft	8
Auch keine aktivere Position des Schülers als Bürger vorgesehen	12
Kaum Möglichkeit demokratischer Mitwirkung	13
Ritualisierung der Gesellschaft und der Schule	15
Veränderte Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche	18
Wertewandel bei Jugendlichen in der DDR	20
Angst vor der Wahrheit und vergiftete Atmosphäre	24
Fehlende Auseinandersetzungen mit anderen Auffassungen	26
Angst vor der Perestroika	27
Verfehlte Medienpolitik	28
Zu Denkweisen der Führung der DDR	29
Zusammenfassung	31
Nachbemerkung	32
Anmerkungen	33
Aus: Hermann Kant: Offener Brief an die Junge Welt	33
Erneuertes Gelöbnis der Jugend zum 40. Jahrestag der DDR	33
Einige Phrasen und mehr und mehr entwertete Worte	35
Mein Bildungsweg in der DDR und der meiner Familie	36
Unser Wohngebiet in Berlin	37
Dank	37

Vorbemerkungen

Nach vielen Jahren des Schweigens hat sich Margot Honecker einem Gespräch mit Frank Schumann über die Volksbildung in der DDR gestellt.¹ Der Leser könnte eigentlich erwarten, dass 22 Jahre genug sein müssten, um erkenntnisreich darüber nachzudenken, warum der Sozialismus in der DDR und sein Bildungssystem in kürzester Zeit in sich zusammenfielen und so zur leichten Beute der westdeutschen Gesellschaft wurde. Darauf gibt sie aber leider aus ihrer Sicht keine Antwort. Die ehemalige Ministerin zitiert stattdessen seitenweise aus ihrem Referat auf dem IX. Pädagogischen Kongress vom Juni 1989 so, als ob dort alle ihre Erkenntnisse auf ewig in Granit gemeißelt seien. Ist denn die Zeit bei Margot Honecker einfach nur stehengeblieben? Warum verschanzt sie sich hinter einer Mauer einiger ihrer scheinbar ewigen Wahrheiten, die wir anderen alle nur nicht richtig begriffen haben? Ist sie nur „verstockt“, „unbelehrbar“, „ewig gestrig“, gar „senil und von Altersstarrsinn“ zerfressen? Eine jüngst ausgestrahlte ARD-Fernsehdokumentation² zeigte aber eine Frau, die durchaus ihre Gedanken noch klar beisammen hat und persönlich überzeugt davon ist, dass in der DDR alles gut war und nur die Diversion des Westens, der Verrat der Sowjetunion, die kleinstmütigen Verräter in den eigenen Reihen und letztlich die ominöse Konterrevolution deren erfolgreiche Weiterentwicklung verhinderte.

Was mich an ihren Darlegungen besonders ärgert und zu dieser Stellungnahme reizt, ist die Unterstellung, dass alle, die im Herbst 1989 zur „Rettung der DDR“ Änderungen in der DDR-Politik und ihrer Führung wünschten – ich zähle mich dazu –, quasi als „Trottel“ hingestellt werden, die, obwohl wir ihrer Meinung nach wohl durchaus Gutes wollten, zu blöd waren, zu erkennen, dass wir nur auf „demagogisches Geschwätz“ von einem „pluralistischen“, „humanen“, „modernen“ Sozialismus hereinfließen. Ihre Quintessenz: „Die DDR ist nicht an ihren Fehlern zugrunde gegangen. Es gab nur zu wenig Marx!“ Warum aber haben wir uns denn damals all diese Sorgen gemacht und warum quälen wir uns dann noch heute mit der Geschichte der DDR und unserem eigenen Wirken in ihr?

Sollte ich ihre Äußerungen deshalb einfach negieren oder unbeachtet lassen? Oder sollte ich sie nicht doch zur eigenen Verständigung und zu persönlichem Erkenntnisgewinn nutzen? Sogar Margot Honecker räumt erstaunlicherweise Bedarf an weiteren Analysen hinsichtlich unserer Fehler ein, was mich im Kontext ihrer sonstigen Ausführungen sehr wundert. Als Pädagoge und leitender FDJ-Funktionär in der Endphase der DDR will ich deshalb den schwierigen Versuch wagen, doch einen eigenen Beitrag zu dem zu leisten, wozu sich Margot Honecker leider verweigert, nämlich Bildung und Erziehung als „pädagogisches Experiment“³ und eine tragende Säule der Gesellschaft in der DDR grundlegend zu hinterfragen und für mich etwas differenziertere Antworten auf die Frage zu finden, warum 1989 die Mehrheit der DDR-Bürger (vor allem der jungen) nicht mehr geneigt war, unter den damaligen gesellschaftlichen Verhältnissen zu leben, und warum auch wir als Funktionäre der Partei, des Staates und der FDJ nicht mehr bedingungslos bereit waren, das herrschende DDR-System so wie

¹ Margot Honecker: Zur Volksbildung. Gespräch. Das Neue Berlin, 2012

² ARD-Fernsehdokumentation „Der Sturz – Honeckers Ende“ vom 02.04.2012

³ Vor einiger Zeit beschimpfte mich ein mir Unbekannter mit den Worten „Auch Sie gehörten doch zu jenen, die uns einsperrten und uns zu Versuchskaninchen Ihrer Gesellschaft machten.“ Ich habe mich emotional heftig gewehrt, muss aber bei tieferem Nachdenken gestehen: Wenn ich heute Sätze höre wie „Versuch einer humaneren Gesellschaft“, „Versuch leider misslungen“, „der Versuch einer besseren Gesellschaft sei doch unser aller Anstrengungen wert gewesen“ reagiere ich allergisch. Wer gab uns eigentlich das historische Recht, mit Menschen einen Versuch zu starten? Gerechterweise muss gesagt werden, dass die neue Gesellschaft DDR nicht als ein Versuch geplant war, sondern dies eine rechtfertigende Formulierung nach der historischen Niederlage wurde.

es war zu verteidigen.⁴ Auch der Historiker Günter Benser meint in seiner ND-Rezension zum Buch von Margot Honecker: „Wenn die Volksbildung all das geleistet hat, was ihr Margot Honecker zugutehält, wird es umso unverständlicher, wieso gerade in jener Generation, die unsere Schule durchlaufen hat, die Akzeptanz der DDR im letzten Jahrzehnt derartig abgesunken ist.“⁵

In seinem offenen Brief an die Junge Welt vom 1. Oktober 1989 hatte schon Hermann Kant gefragt: „Ja doch, die anderen wollen uns wiederhaben, und wer zu ihnen geht, löst diesen Willen auf persönlichste Weise ein. Das entbindet uns jedoch nicht der Frage, was an unseren Verhältnissen jemanden veranlasst, jemanden, der eben noch Bürger dieses Landes, Schüler unserer Schulen, Leser eurer Zeitung (Junge Welt, EA) war, sich auf undurchschaubar andere, unzweifelhaft riskante Verhältnisse einzulassen.“⁶

Selbst wenn man eine gehörige Portion westlicher Verführungskunst, viele Illusionen unter DDR-Bürgern über das Leben im Kapitalismus, die politische Weltlage zu jener Zeit u. a. in Rechnung stellt, ist das Denken, Fühlen und Verhalten der DDR-Bürger 1989 letztlich doch auch ein tragisches Ergebnis des DDR-Bildungssystems, weil auch die zunehmende Bildung der Menschen immer mehr in Widerspruch zum herrschenden Gesellschaftssystem und der Art und Weise seiner Führung geriet. Natürlich liegt nicht dort der alleinige Grund des Zusammenbruchs. Die DDR unterlag vor allem auch in der wirtschaftlichen Auseinandersetzung. Die BRD war für viele DDR-Bürger wirtschaftlich attraktiver als die schwächelnde DDR. Diejenigen, die die DDR illegal verließen, bezeichnet Margot Honecker nicht ganz zu Unrecht als „Wirtschaftsflüchtlinge“. Bei der Bedeutung, die wir der ideologischen Erziehung der Kinder und Jugendlichen zumaßen, muss aber zwangsläufig die Frage nach deren realen Effekt gestellt werden: Die Verbundenheit der in der DDR-Schule ausgebildeten und erzogen Heranwachsenden war nicht so groß, um nicht die pluralistische, bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft in der BRD attraktiver zu finden. Die geostrategischen Interessen und Aktivitäten der beiden Weltsysteme, die Rolle der Sowjetunion⁷ und anderer sozialistischer Länder sowie die aktive Einflussnahme der Bundesrepublik auf das Denken und Handeln der DDR-Bürger müssen hier zudem etwas außerhalb der Betrachtung bleiben. Auch fehlen mir etliche Kenntnisse über „Innereien“ des DDR-Bildungssystems, seine Struktur und Führung, aber als aktiver Schüler/Student und 20 Jahre FDJ-Funktionär, der mit der Schule eng verbunden war, erlaube ich mir doch diese subjektiven Betrachtungen.

Obwohl ich seit 20 Jahren durch meine Tätigkeit für einen privaten Schulverbund und Kontakt mit Bildungsforschern sowie Pädagogen und Wissenschaftlern der BRD auch zum Bildungssystem der Bundesrepublik einen gewissen Einblick in dessen Inhalt, Struktur, Ergebnisse, eklatante Schwächen und soziale Ungerechtigkeiten habe, vergleiche ich bewusst nicht das, was in der DDR entwickelt wurde, mit dem heutigen Bildungssystem der BRD oder anderer Länder, sondern schildere meine Empfindungen und Erkenntnisse ausschließlich aus dem damals unmittelbar Erlebten. Ein solcher Vergleich würde nämlich heute durchaus manches besser erscheinen lassen, als wir es damals

⁴ Im September und Oktober 1989 wurden in Leipzig, Berlin und anderen Städten hauptamtliche Funktionäre der SED und der FDJ beauftragt, sich unter die Montagsdemonstranten zu mischen, um deren Demonstrationsziele zu stören. Maßgeblich von ihnen gingen dann solche Rufe aus wie „Wir bleiben hier!“. Zusammen mit der Demonstrationslosung „Wir sind das Volk!“ entwickelten diese Rufe ein Eigenleben, das sich letztlich gegen die eingesetzten Funktionäre selbst richtete. Das war ein wesentlicher Grund, weshalb auch Partei- und FDJ-Funktionäre vor Ort immer mehr in Opposition zur eigenen Partei- und FDJ-Führung gerieten.

⁵ Günter Benser: Belesen, aber begrenztes Weltbild. ND 14.04.2012

⁶ Hermann Kant: Ein offener Brief an die Junge Welt. Junge Welt. 09.10.1989 – Auszug auch unter Anmerkungen

⁷ Siehe dazu auch: Gerd König: Fiasco eines Bruderbundes. Edition ost, 2011

meinten zu sehen und es auch tatsächlich war. Viele meiner Überlegungen sind deshalb vielleicht auch nicht ganz objektiv und damit ungerecht, das will ich gerne einräumen.

Ich habe bis 1989 gleiche Ziele wie Margot Honecker und meine Mitstreiter verfolgt, ich habe mich für die Entwicklung des DDR-Sozialismus aktiv eingesetzt und sehr viel dafür gearbeitet, ich habe manches mitentwickelt, was ich im Folgenden kritisiere. Aber ich möchte mich auch nicht zum Gefangenen meiner Biografie und meines früheren Lebens machen lassen. Ich erlaube mir daher das Recht, heute im Lichte der Niederlage manches anders zu sehen als zu jener Zeit. Über 20 Jahre habe ich mich aus Respekt vor anderen Mitstreitern, vor unseren Idealen und Zielen öffentlich nicht zu unserem Wirken in jener Zeit geäußert. Das heißt nicht, dass ich mich nicht mit meinem persönlichen Tun in dieser Zeit auseinandergesetzt hätte. Anlass der Auseinandersetzung in diesem Text ist aber, dass sich ein verantwortliches Mitglied der Führung der DDR in einer – wie mir scheint – selbstgerechten Weise äußert, die ich nicht akzeptieren kann und deshalb widersprechen will.

Ehrenwerte Absichten und Leistungen des DDR-Bildungssystems

Margot Honecker meint richtigerweise, es sei notwendig, nochmals daran zu erinnern, was 1945 von den Kommunisten und anderen Antifaschisten gewollt war: „Wir hatten als Ziel eine andere, eine gerechte Gesellschaft vor Augen. Und diese neue, sozialistische Gesellschaft hatte die Verwirklichung elementarer Menschenrechte – zu denen die Bildung für alle gehörte – im Programm.“ Mal abgesehen von der historischen Ungenauigkeit, dass zu diesem Zeitpunkt eher zunächst nur die materiellen und geistigen Trümmer der Nazizeit beseitigt werden mussten, die Mehrheit der Bevölkerung (darunter viele ehemalige Nazis) sozialistischen Zielen eher ablehnend gegenüberstand, war der Ruf nach einer neuen Schule wohl sehr berechtigt, ebenso die Entlassung der Nazi-Lehrer und die Einstellung von Neulehrern, die Brechung des Bildungsprivilegs, das Entwerfen neuer Lehrpläne und neuer Lehrbücher. Zu den Leistungen des DDR-Bildungswesens gehört in Folge dieser Schulreform über verschiedene Etappen bis zum einheitlichen sozialistischen Bildungssystem tatsächlich Bemerkenswertes: Gemeinsames Lernen in einer Einheitsschule und deren Durchlässigkeit nach oben ohne Sackgassen bei den Bildungswegen, die Weltlichkeit und Wissenschaftlichkeit der Schule, der polytechnische Unterricht und eine auf Kompetenz zielende berufliche Ausbildung, die Vielzahl von Arbeitsgemeinschaften in der Schule und außerschulischen Einrichtungen, die vorschulische Bildung und Betreuung in den Kindergärten und Horten durch an Fachschulen ausgebildete Erzieherinnen, die Unentgeltlichkeit der Schule, staatliche Stipendien für Studenten und Ausbildungsbeihilfen für Schüler.

Margot Honecker verweist auf die immense materielle Basis des DDR-Bildungswesens: Ein riesiges Neubauprogramm von Schulen und vorschulische Kindereinrichtungen (in allen Neubaugebieten vor allem zur Entlastung der werktätigen Mütter!), immer mehr Freizeiteinrichtungen und Ferieneinrichtungen für Kinder und Jugendliche, die Bildungsanstrengungen der volkseigenen Betriebe für den polytechnischen Unterricht, die Berufsausbildung und die Ferienbetreuung in Pionierlagern und Betriebsferienlagern, Studentenwohnheime, Krippen für Studentenmütter und Mensen an den Hochschulen. Ein heute fast unvorstellbarer beträchtlicher Teil des Nationaleinkommens (vielleicht gar zu viel!) wurde für das Bildungswesen ausgegeben. Von dieser Substanz zehren heute noch die ostdeutschen Länder und der Ostteil Berlins (siehe Anmerkung am Schluss des Textes zu meinem Wohngebiet). Es gehört zur geschichtlichen Wahrheit – und es ehrt Margot Honecker, dass sie es nicht selbst anspricht –: Sie

persönlich hat sich gegenüber manch anderen Interessen bei der Verteilung der Baukapazitäten stets für die Schulen und Kindereinrichtungen eingesetzt.⁸

Schaut man in die aktuelle bildungspolitische Debatte der BRD, findet man vieles von dem, was in der DDR verwirklicht war, als bildungspolitische Forderungen in der heutigen Bundesrepublik: Ich denke zum Beispiel an das längere gemeinsame Lernen in der Grundschule und über die Grundschule hinaus, an das einheitliche Abitur nach 12 Jahren, an die vorschulische Bildung. In Hamburg wurde jedoch per Volksentscheid die Einführung der gemeinsamen Grundschule bis zur 6. Klasse wieder gekippt. In NRW und Baden Württemberg ist diese höchst umstritten, wobei in NRW gerade diejenigen die Wahl gewannen, die für die Gemeinschaftsschule eintreten. In Berlin verhinderte erst ein Volksentscheid, dass Religion wieder als Pflichtfach eingeführt wurde. Finnland studierte das DDR-Bildungssystem sehr gründlich und gilt heute als PISA-Spitzenreiter.

Margot Honecker widerspricht wohl auch zu Recht einer Kriminalisierung des DDR-Bildungssystems. Was heute kaum einer weiß, die Prügelstrafe war in der so militanten DDR bereits seit 1949 abgeschafft und verboten. Die ach so humane Bundesrepublik schaffte ein solches Verbot erst im Jahr 2000 unter der Schröder-Regierung. Besonders wendet sich Margot Honecker gegen die Unterstellung, dass in DDR-Jugendwerkhöfen Menschenrechte verletzende Zustände geherrscht hätten und sie persönlich sogenannte „Zwangsadoptionen“ für Kinder angeordnet habe, deren Eltern die DDR illegal verlassen haben. Im Hinblick auf die DDR werden solche kriminellen Handlungen von Jugendlichen oder Kindesvernachlässigungen als Konflikt mit dem Staat politisch interpretiert. Juristisch gab es nach 1990 jedoch nicht einen einzigen Fall, der zu einer rechtskräftigen Verurteilung geführt hätte. Trotzdem wird der Vorwurf weiter aufrechterhalten und füllte auch breit die jüngste Fernsehdokumentation. Sicherlich würde Margot Honecker auch mit gleicher Berechtigung den neuerdings nach den Kirchen-Skandalen in der BRD aufgekommenem Vorwurf des Kindesmissbrauchs in DDR-Kinderheimen widersprechen. Ich teile allerdings nicht den Zynismus von Margot Honecker, die zu Republikflüchtlingen meint: „Sie hätten ja nicht weggehen müssen!“ Sie hatten wohl auch Gründe, die ich trotz gegenteiliger Meinung im Einzelfall doch respektiere.

Schule und Gesellschaft natürlich eng verbunden

Margot Honecker benennt zu Recht die Selbstverständlichkeit, dass das DDR-Bildungssystem natürlich für das Gesellschaftssystem der DDR ausgelegt war, dass die Schule auf das Leben in der sozialistischen Gesellschaft vorbereiten sollte, worauf denn sonst?⁹ Deshalb lernten die Kinder in der normalen Schule gründlich lesen und richtig schreiben¹⁰, erlebten einen vorbildlichen mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht, wurden sportlich trainiert (alle Kinder lernten z. B. Schwimmen!) und musisch (Musik, Kunsterziehung) gebildet, lernten Russisch und auch Englisch/Französisch/

⁸ Das heute größte europäische Kinderfreizeitzentrum in der Berliner Wuhlheide (der frühere Pionierpalast „Ernst Thälmann“) ist Margot Honeckers Verdienst. Es heißt: Damit die 50-m-Schwimmhalle nicht den Kindern von den Leistungssportlern für die Olympiavorbereitung entzogen werden konnte, ließ sie sogar die Länge der Bahn so verändern, dass die Zeiten nicht mit den leistungssportlichen Normen verglichen werden konnten.

⁹ Schon Maria Theresa formulierte: Schule ist ein Politicum. Schule und Staat sind in allen zivilisierten Gesellschaften eng miteinander verbunden. Lehrer und Erzieher sind generell Funktionäre des Staates.

¹⁰ Dr. Peter May, Bildungsforscher aus Hamburg, stellte noch 1991 bei Schülern im Osten Deutschlands signifikant bessere Rechtschreibleistungen als bei Schülern in der BRD fest.

Sorbisch/Tschechisch(!)/Latein/Griechisch, studierten Informatik, wurden in Betrieben mit praktischen beruflichen Anforderungen vertraut gemacht und sollten natürlich in Geschichte und Staatsbürgerkunde im Sinne der sozialistischen Gesellschaft gebildet und erzogen werden, wozu auch Achtung des Staates, Disziplin in der Schule, Achtung der Lehrer und Fleiß im Lernen gehörten. Da war begründet kein Platz für Religionsunterricht (obwohl es stimmt – ich habe es selbst erlebt – dass viele Jahre die Christenlehre in Räumen der Schule erfolgte). Wohl aber wurde das aktive politische Engagement in der Pionierorganisation und in der FDJ gewünscht, ermöglicht und aktiv gefördert. Es gab Spezialschulen zur Förderung sportlicher (Kinder- und Jugendsportschulen), mathematischer (Heinrich-Hertz-Schule Berlin u. a.) und musikalischer Talente (Thomasschule Leipzig, Rundfunk-Jugendchor-Wernigerode u. a.), in den allgemeinbildenden Schulen wurden spezielle LRS-Klassen eingerichtet, um einen bestimmten Förderbedarf bei Lese-/Rechtschreibschwäche abzudecken. Privatschulen gab es nicht. Unter den Lehrern gab es wohl auch mitunter Kritik an der Menge des zentral vorgegebenen Unterrichtsstoffes, viele wünschten sich eine größere pädagogische Methodenfreiheit bei der Umsetzung der Lehrpläne. Lehrpläne wurden jedoch von Fachleuten erarbeitet und in verschiedenen Fachgremien vor ihrer Inkraftsetzung ausführlich erörtert. Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften hatte hier einen großen qualitätsfördernden Einfluss.

Die systematische Struktur des DDR-Bildungswesens, die inhaltliche Tiefgründigkeit der konzeptionellen Überlegungen, die Verankerung der Schule in der Gesellschaft, die Rolle der Eltern und der Betriebe erscheinen auch mit historischem Abstand als beeindruckend, jedoch geben sie allein keine Auskunft darüber, wie effizient das DDR-Bildungswesen war. Das von Bildungsforschern „Output“ genannte Ergebnis dieser umfassenden Bildungsbemühungen wurde wenig gemessen (oder nicht veröffentlicht). Einen öffentlichen PISA- oder TIMMS-Vergleich gab es zu jener Zeit noch nicht. Analysen des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig weisen in der Erziehung eher auf sinkende Erfolge hin. Bei allen möglichen Einschränkungen und subjektiv unterschiedlichen Erlebnissen, die Volksbildung der DDR hat wohl die ihr von der Gesellschaft zugewiesenen Aufgaben in vielen Punkten erfüllt. Der Facharbeiternachwuchs wurde gesichert, die Intelligenz ausgebildet. Bildungsverlierer gab es unter DDR-Bedingungen wenige.

Nicht unwesentlich für das sozialistische Bildungssystem war der Umstand, dass alle Absolventen der Polytechnischen Oberschule, der Erweiterten Oberschule und der Universitäten, Hoch- und Fachschulen eine berufliche Perspektive hatten. Nahezu jeder konnte in dem Beruf tätig werden, für den er eine Berufsausbildung absolviert oder studiert hatte. Allerdings war der Zugang zu bestimmten Ausbildungsberufen und Studienplätzen staatlich reglementiert und unterlag oft politischen Prämissen. Richtig war zweifellos, Arbeiter- und Bauernkinder besonders zu fördern, um ihnen gleiche Bildungschancen zu garantieren. Unter den „Klassenverhältnissen“ der DDR richtete sich dieses Prinzip jedoch oft gegen Kinder der Intelligenz, von Handwerkern oder auch Angestellten, vor allem dann, wenn es formal gehandhabt wurde.¹¹

In den Erweiterten Oberschulen (EOS) wurden vor allem die Jungen bedrängt, sich für eine Berufslaufbahn als Offizier der NVA oder des MfS zu entscheiden. Der Wunsch, Arzt, Lehrer oder Ingenieur zu werden, galt dann mitunter schon als Ausweichen vor der gesellschaftlichen Forderung.

¹¹ Nur ein kleines Beispiel: Als Pionier war ich 1960 für eine Reise mit einer Pionierdelegation nach Ungarn vorgeschlagen. Weil für meinen Vater der Beruf Kaufmann angegeben war (Beruf hatte er vor 1945 erlernt), sollte ich nicht in die Reisegruppe aufgenommen werden. Erst als geklärt war, dass er seit 1945 als Betonbauer auf dem Bau gearbeitet hatte (ich also eine Arbeiter-und-Bauern-Kind war), durfte ich mitreisen. In der Gruppe war aber dann auch die Tochter des Generalintendanten der Städtischen Theater (Intelligenz!)

All diejenigen, die die DDR verließen und in der BRD ihren beruflichen Weg als Facharbeiter, als Ärzte, Ingenieure, Wissenschaftler, Künstler oder in anderen Berufen fortsetzten, galten als gut ausgebildet und fanden sich beruflich auch im Westen zurecht. Lücken in der Ausbildung hinsichtlich Kommunikation und Präsentation, Marketing und kapitalistische Betriebswirtschaft schlossen sie in der Regel schnell und problemlos. Das Ergebnis der größten Migrationsbewegung in Europa nach dem 2. Weltkrieg (Abwanderung von Ost- nach Westdeutschland) in den 40 Jahren DDR war auch aus Sicht der DDR ein teurer ungewollter Bildungstransfer von Ost nach West.

Die weltpolitischen Begründungen Margot Honeckers zum Wehrunterricht klingen heute etwas eigenartig. Glaubt sie wirklich noch daran, dass das Erlernen des Marschierens in der Polytechnischen Oberschule, Handgranatenweitwurf, Überwinden der Eskaladierwand mit Holzgewehren und militärpolitische Schulung durch NVA-Offiziere ein Beitrag zur Stärkung der Verteidigungskraft der NVA und der DDR waren?

Bildungssystem und Gesellschaft kann man nicht trennen und auch nicht getrennt bewerten wie es Margot Honecker im Gespräch mit Frank Schumann laufend und letztlich erfolglos versucht. Dabei darf man aber auch nicht unterschlagen, dass nicht nur die von Margot Honecker erwähnten Intentionen der deutschen Antifaschisten an der Wiege der DDR-Schule standen, zumal nicht mal klar war, in welche Richtung sich Deutschland als Ganzes entwickeln würde. Nachdem durch die Verweigerung der Westmächte entschieden war, dass die Sowjetunion entgegen ihrer ursprünglichen gesamtdeutschen Absicht nur Ostdeutschland beherrschen würde, wurde auch in der DDR wie in den anderen sozialistischen Ländern nach dem Muster der Sowjetunion ein zentralistisch organisiertes Gesellschaftsmodell etabliert, bei dem die führende Partei bestimmte, was zu tun und zu lassen war, eben auch bei der Bildung und Erziehung. Im Herbst 1989 schien es einigen gar so, dass die führende Rolle der SED die wichtigste Ursache für den Vertrauensverlust in der Bevölkerung war und änderten deshalb am 1. Dezember 1989 schnell noch die Verfassung der DDR (ich habe mich als einer der wenigen damals der Stimme in der Volkskammer enthalten). Margot Honecker hatte in der Regierung der DDR eine hervorgehobene Stellung. Sie vereinte in ihrer Person quasi Staat und Partei, sodass das DDR-Bildungswesen durch sie ohne weitere Einflüsse durch möglicherweise ungenügend kompetente Parteifunktionäre zielgerichtet entwickelt und geleitet werden konnte. Auch die territorialen Parteiorgane hatten auf die Volksbildung wenig Einfluss. Sie beschränkten sich auf die formelle Anleitung der Parteiorganisationen in den Schulen und pädagogischen Einrichtungen.

Die Lehrer und Erzieher galten in der DDR natürlich wie in anderen Ländern als Funktionäre des Staates. Bei ihrer Auswahl und Ausbildung wurden hohe politisch-moralische Maßstäbe – und meistens auch hohe Leistungsmaßstäbe – angelegt. Viele von ihnen waren auch SED-Mitglieder. Viele Kinder und Jugendliche erwarteten deshalb auch von ihren Lehrern Antworten auf politische Fragen, zu denen diese oft nicht in der Lage waren. Es mehrte sich deshalb auch unter ihnen ein großer Frust, es wuchs ein Unbehagen und Misstrauen gegenüber dem Staat, der Partei und auch der Leitung der Volksbildung. Von engagierten Pädagogen weiß ich, dass viele dann das Jahr 1990 als zunächst freieste Zeit für ihr pädagogisches Wirken empfanden. Etliche fühlten sich jedoch auch ohne Anleitung und Kontrolle eher hilflos und waren dann vom bundesdeutschen Bildungssystem und seinem föderalen Chaos eher enttäuscht.

Die hier von mir vorgenommene inhaltliche und strukturelle Kritik an Bildung und Erziehung in der DDR ist keine generelle Kritik an den DDR-Lehrern. Wir, die wir die DDR-Schule durchliefen und an

DDR-Hochschulen studierten, haben – selbstverständlich bei allen individuellen Unterschieden – oft sehr aufmerksame und engagierte Lehrerinnen und Lehrer erlebt, die ihren Beruf mit Liebe ausübten, gern Lehrer waren und in den gesellschaftlichen Zielen ihres Staates auch ein hohes Maß ihres pädagogischen Credo verwirklicht sahen und sich deshalb auch aktiv für diese Gesellschaft einsetzten. Gerade für viele von ihnen war die Wende 1989/1990 auch eine große persönliche Niederlage, zumal viele ihren Beruf aus politischen Gründen danach nicht mehr ausüben konnten.

Unser Menschenbild: Der Mensch doch zu wenig Bürger, zu wenig Subjekt der Gesellschaft

Margot Honecker stellt die Ausgangsfrage der schulpolitischen Entwicklung in der DDR an den Anfang ihrer Darlegungen: „Was für ein Menschenbild wollen wir künftig in der Erziehung vermitteln?“ Sie antwortet: „Wir wollten eine umfassende Bildung, in der all das aufgehoben war, was in der Geschichte der Menschheit an Geist, Kultur, an ethisch-sittlichen Werten hervorgebracht worden war.“ Ihre Forderungen nach „Gleichheit, Gerechtigkeit, Gemeinschaft, Frieden, Liebe, Glück, Wohlstand, Lebensfreude, Hilfe etc.“ sind ebenso zu unterstützen wie ihre Intention, „die gesellschaftlichen Verhältnisse menschlich und vernünftig“ zu gestalten, damit „der Mensch Mensch sein kann“. Die Worte sind zweifellos richtige pädagogisch-politische Ideale, die Frage blieb aber auch in der DDR, was man konkret jeweils darunter verstehen wollte. Ich glaube auch, Margot Honecker irrt, wenn sie mit der Begründung, dass eine „bloße“ humanistische Bildung nicht vor politischer Blindheit und Barbarentum schütze, die bildungsbürgerliche Erziehung und die Vermittlung eines humanistischen Menschheitsideals allein für nicht ausreichend betrachtet. Sie hätte gern dazu die sogenannte parteiische „Klassenerziehung“. Was immer sie und wir darunter im Detail verstanden, letztlich war es ein Schwarz-weiß-Denken. Im Herbst 1989 überwog dann aber doch das humanistische Ideal, denn es hieß beim gemeinen Volk, bei den Soldaten und Polizisten des Staates „Keine Gewalt!“, eigentlich keine Selbstverständlichkeit in solchen Umbruchsituationen. Das war zweifellos ein messbares Ergebnis humanistischer Erziehung in der DDR-Schule, denn dort wurde normalerweise nicht gelehrt, Waffen gegen das eigene Volk einzusetzen (die Situation an der Staatsgrenze war dann widersprüchlich!). Was weitgehend unbekannt ist: Auch die DDR-Führung hatte in diesem Konflikt zwischen Führung und Volk mit gleicher Intention den Einsatz von Gewalt und den Gebrauch von Schusswaffen strengstens verboten.

Im „Kommunistischen Manifest“ von Marx und Engels findet sich ein entscheidender Satz, den wir oft – ohne allzu sehr darüber nachzudenken – ähnlich wie jetzt Margot Honecker in dem Gespräch zitiert haben: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“¹² Irgendwie haben wir diesen Satz stets missverstanden. Er ist aber klar und eindeutig: Die freie Entwicklung des einzelnen ist die Bedingung für die freie Entwicklung der Gesellschaft. Margot Honecker betont in dem Gespräch: „Pädagogik darf Kinder nicht als Objekte betrachten, es sind individuelle Wesen mit unterschiedlichen Anlagen, die beachtet und gefördert werden müssen.“ Sie hinterfragt nicht, inwieweit die DDR-Schule dieser richtigen Forderung wirklich entsprach. Unser Erziehungsideal war aber doch maßgeblich davon geprägt, den Einzelnen als Teil der Gesellschaft zu bilden, zu erziehen, ihm moralische Maßstäbe beizubringen, ständig auf ihn Einfluss zu nehmen, ihn aufs Leben vorzubereiten, ihn auch zu gängeln, wenn erforderlich zu maßregeln, ihm immer wieder

¹² Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Ausgabe 1946, S.25

zu sagen, wie er sich zu verhalten hat, ihm laufend Vorschriften zu machen, ihn zum Funktionieren zu bringen, ihn letztlich zu nerven. Es gab immer jemand, der meinte, Jugendlichen und Kindern Vorgaben machen zu müssen. In den „10 Grundsätzen der sozialistischen Moral und Ethik“ von 1958¹³ war das fast religiös in einem Kanon zusammengefasst, in den Geboten der Pionierorganisation wurde das aufgegriffen. Eine aktive eigenständige Position des Bürgers und der Schüler war uns nur dann genehm, wenn sie mit den gewünschten Vorgaben voll übereinstimmte. Der Raum für eine freie Entfaltung der Persönlichkeit war nicht selten erheblich eingegrenzt, weil natürlich auch die jeweiligen „Erzieher“ (Lehrer, Funktionäre) das Grenzmaß bestimmten. Der Heranwachsende blieb für uns trotz gegenteiliger Beteuerungen eben doch oft nur ein Objekt unserer pädagogischen Bemühungen, keineswegs ein voll akzeptiertes gleichberechtigtes Subjekt mit eigenen Gedanken, eigenem Willen, eigenen Vorstellungen vom Leben, kein selbstverantwortlicher Bürger, der auch Forderungen an uns Pädagogen und Funktionäre hatte. Die DDR war letztlich oft ein großer Kinderhort. Mag sein, dass die politischen Zwänge der DDR an der Grenze zu einem anderen Gesellschaftssystem und den damit verbundenen ideologischen Auseinandersetzungen diese schwarz-weißen Denkweisen und erzieherische Ungeduld der Führung des Landes, der Pädagogen und bei uns in der Jugend- und Kinderorganisation zusätzlich gefördert haben. Aber letztlich blieb oft nur eine schulmeisterliche „ideologische Arbeit“, die mit dem steigenden Selbstwertgefühl der Heranwachsenden immer mehr in Konflikt geriet. Es bleibt für mich als Erkenntnis, dass Menschen zwar pädagogisch und politisch geführt werden können, aber letztlich nicht beliebig form- und machbar sind.

Es ist kein Zufall, dass in diesem Zusammenhang das Jugendkommuniqué des ZK der SED vom 17.09.1963 zur Diskussion steht. Unter der Überschrift „Jugend von heute – Hausherrn von morgen – der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ wurde durch die führende Partei der Versuch – übrigens an der Organisation FDJ vorbei! – unternommen, der Jugend einen größeren Spielraum in der Gesellschaft einzuräumen, ihre auch durch globale Jugendphänomene wie Beatmusik und andere Moden veränderte Denk-, Lebens- und Verhaltensweisen mehr zu tolerieren, ihr trotzdem zu vertrauen und Verantwortung zu übertragen.¹⁴ Bereits nach zwei Jahren wurde unter maßgeblicher Initiative von Margot und Erich Honecker dieser Versuch einer größeren Jugendemanzipation auf dem 11. Plenum im Dezember 1965 abgebrochen und danach wieder die „klassenmäßige Erziehung“ zum Credo erhoben. Das Risiko für ungesteuerte Entwicklungen unter der Jugend wurde der Parteiführung zu groß. Daran änderte sich bis 1989 im Wesentlichen nichts. Es ist kein Zufall, dass in der FDJ 1988/1989 viele Gedanken aus der Konzeption des Jugendkommunikés von damals neu entstanden, jedoch nicht über Ansätze hinaus verwirklicht werden konnten.

Viele Jahre blieben viele Konflikte zwischen Jugend und Gesellschaft und ihren Institutionen durch mehr oder weniger geheuchelte Anpassung verdeckt. Nach Auslösung der Perestroika in der

¹³ Auf dem V. Parteitag der SED 1958 wurden als Leitbild für die Erziehung in der DDR die „10 Grundsätze sozialistischer Moral und Ethik“ beschlossen.

¹⁴ Das Jugendkommuniqué vom 17.09.1963 wurde von Walter Ulbricht angeregt und vom damaligen Leiter der Abteilung Jugend des ZK der SED Kurt Turba gemeinsam mit Journalisten formuliert. Es löste eine große zustimmende Reaktion aus. Das Deutschlandtreffen 1964 gestaltete sich so zu einem für damalige Verhältnisse relativ zwanglosen Jugendtreffen in Berlin. DT 64 ging damals erstmals auf Sender und blieb die Rundfunk-Jugendwelle bis 1990. Nachdem es bei Rockkonzerten zu Rangeleien gekommen war und sogenannte Gammler und Punker mehr und mehr in Städten auftraten, wurden diese Erscheinungen als Folge der Toleranz gegenüber der Jugend interpretiert. Mit dem 11. Plenum im Dezember 1965 wurde deshalb ein Weg eingeschlagen, die Jugend wieder stärker klassenmäßig zu erziehen und deren politischer Organisiertheit in der FDJ wieder größere Bedeutung beizumessen. Einige Rockgruppen wurden verboten. Kurt Turba wurde als Leiter der Abteilung Jugend abgelöst.

Sowjetunion bedeutete das aber auch ein erwachendes Selbstbewusstsein der Jugendlichen in der DDR, eine Verschärfung dieses Widerspruches, für dessen Entschärfung wir keine Mittel fanden bzw. in der Parteiführung keine finden wollten. Margot Honecker irrt schlicht, wenn sie Individualisierung in Bildung und Erziehung nur mit Egoismus, Durchsetzen privater Interessen in Ellenbogenmanier und Durchsetzen des Rechts des Stärkeren gleichsetzt und damit Chaos befürchtet. Die Idee fortschrittlicher Pädagogen auch im Westen von einer wirklichen solidarischen Gemeinschaft, bei der die Ziele und Verhaltensnormen gemeinsam ausgehandelt werden, kommt ihr gar nicht. Schade! Sie bleibt hier im zentralistischen Vorgabedenken der „klassenmäßigen Erziehung“ gefangen.

Ich sehe das Hauptproblem im pädagogisch-erzieherischen Bereich vor allem darin, dass wir anmaßend **alle** Menschen formen, erziehen, verändern wollten, notfalls auch gegen deren Willen, was letztlich so aber wohl nicht geht. Wir waren dabei sehr wohl der Überzeugung, dass wir damit den Menschenrechten nur zum Durchbruch verhelfen wollten. „Die Würde des Menschen ist unantastbar ... Jeder hat das Recht auf die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt. ... Die Freiheit der Person ist unverletzlich.“, so heißt es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.¹⁵ Ob dies immer beachtet wird, steht auf einem anderen Blatt, aber als Leitmotiv staatlichen Handelns hätten auch für uns solche dort fixierten Prinzipien mehr und prinzipielle Bedeutung haben sollen. Wir hatten aber den Anspruch, unsere Schule, deren Bildungsabsichten und erzieherischen Ambitionen mit **allen** Kindern und Jugendlichen zu verwirklichen. „Alle erreichen, jeden gewinnen, keinen zurücklassen!“ – das war unsere Maxime und eigentlich gut gemeint. Wir hatten dabei leider keine demokratische Antwort darauf, wie wir mit jenen umgehen wollten, die unsere Intentionen nicht voll und ganz teilten, sich gar nicht gewinnen lassen wollten. Es gab für Jugendliche kaum eine legale Möglichkeit, etwas anderes zu denken oder gar zu tun, als das vom Staat und der Gesellschaft jeweils Vorgegebene. Gerade unter den FDJ-Mitgliedern in den Schulen und Hochschulen entstanden vielfältige Initiativen in ihren Klassengemeinschaften oder gar in ganzen Schulen. Sie stießen oft auf den Widerspruch der Pädagogen oder der zuständigen FDJ-Leitung im Territorium.¹⁶ Gar andere Lebensweisen waren in unserem sozialistischen Weltbild nicht vorgesehen und wurden oft kriminalisiert und unter Kontrolle des MfS gestellt. Vielleicht hätte es auch gereicht, den Führungsanspruch nur auf jene zu beschränken, die die Idee des Sozialismus unterstützten, vielleicht wäre es besser gewesen, breitere gesellschaftliche Initiativen nicht nur formal zu akzeptieren, sondern als ausdrücklich erwünscht zu betrachten und gewähren zu lassen, vielleicht wäre es gut gewesen, in Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistung generell mehr private Initiative zu erlauben und dafür auch die bildungsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen.

Freiwillige Initiativen wie sie zum Beispiel bei der Organisation des beliebten Festivals des politischen Liedes, in Jugend- und Studentenklubs sowie in Arbeitsgemeinschaften entstanden, wurden meist misstrauisch beäugt und stets die Frage gestellt, wie diese durch die Partei und die FDJ politisch so geführt werden können, dass daraus nicht oppositionelle Gruppierungen entstehen können.

Die FDJ und die Pionierorganisation waren für viele Kinder und Jugendliche tatsächlich eine politische Heimat. Die FDJ- und Pioniertreffen waren meist von hohem Erlebniswert, vor allem dann, wenn sie wie zu den X. Weltfestspielen in Berlin oder bilateralen Treffen mit Jugendorganisationen der

¹⁵ Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949

¹⁶ Ich selbst redete 1972 der FDJ-Studentenbühne der TH Karl-Marx-Stadt eine Aufführung „Der kleine Prinz“ mit der Begründung aus, dies sei bloß ein pazifistisches Werk.

sozialistischen Länder eine internationale Komponente hatten. Auch die FDJ-Studentenbrigaden und die Lager der Erholung und Arbeit waren meistens von einem echten Gemeinschaftssinn geprägt. Freiwillige Arbeitseinsätze zur Verschönerung der Schulen und Wohngebiete bewiesen eine ähnliche gemeinschaftsfördernde Atmosphäre. Mit Stolz sprechen noch heute Absolventen der Universitäten Dresden, Leipzig und Weimar von ihren ungezählten freiwilligen Arbeitseinsätzen, mit denen sie halfen, ihre berühmten Studentenklubs „Bärenzwinger“, „Moritzbastei“ und „Kasseturm“ auszubauen.

Aus dem Recht zur politischen Mitwirkung in der FDJ und Pionierorganisation wurde aber leider oft die „erwartete Mitgliedschaft“, die einer selbstverständlichen Pflicht, einer Art „Zwangsmemberschaft“ gleichkam. Dass diese Mitgliedschaft dann oft zur Formalität verkam (viele „Karteileichen“), nahmen wir hilflos zur Kenntnis, zogen daraus keine Schlüsse. Es gab Jugendliche, die sich tatsächlich für diesen Sozialismus engagierten, welche, die einfach unbehelligt bleiben, andere, die etwas ganz anderes wollten. Punker wurden so zu vollkommen unverstandenen Außenseitern. Warum es Skinheads gab, konnten wir uns nicht erklären. Margot Honecker kennt so wie wir alle früher auch nur Freund und Feind und kann deshalb mit ihrem Argument der Schulpflicht zwangsläufig Schule nicht als bloßes staatliches Dienstleistungsangebot verstehen. Die Pflicht zum Besuch der Schule implizierte für sie und uns auch in der FDJ auch die Pflicht zur Akzeptanz aller ihrer Elemente im Einzelnen.

Besonders fatal und am realen Leben der DDR vorbei war der Beschluss des Parteitags von 1976 (Parteiprogramm), zu diesem Zeitpunkt gar die „kommunistische Erziehung“ zum Ziel und Maßstab der schulischen Bemühungen zu erheben (äußeres Symbol: rote statt blaue Halstücher für die Pioniere! Rote Ehrenbanner für FDJ-Grundorganisationen). Für die FDJ wurde deshalb das FDJ-Statut in diesem Sinne geändert (was wir 1989 dringend wieder korrigieren wollten!!). Erich Honecker sprach danach immer im Hinblick auf die FDJ gar von der „Thälmann'schen jungen Garde“. Der wirklichen Bewusstseinslage der DDR-Bevölkerung und der Jugend und unserer Grenzlage zur BRD entsprach das keineswegs, der materiellen Basis der Gesellschaft gleich gar nicht. Auch mutet es heute eher eigenartig an, dass dies ein Jahr nach Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki erfolgte.

Weitgehend unterschätzt wurde in Bildung und Erziehung der Umstand, dass der Sozialismus, also eine grundlegend andere Gesellschaft, unter den Bedingungen einer gespaltenen Nation gestaltet werden sollte. Wir waren tatsächlich der Meinung, dass unter diesen Bedingungen ein eigenständiges DDR-Nationalbewusstsein herausgebildet werden könnte, was sogar partiell gelang. Viele Jugendliche verstanden aber oft nicht, dass sie nur noch DDR-Bürger und nicht mehr einfach Deutsche sein sollten, dass sie ihre Verwandten möglichst vergessen sollten oder diese nur per „Gnadenakt“ der Regierung besuchen konnten. Westkontakte waren gesellschaftlich verpönt. Die Folge davon war bei vielen eine weitere Zunahme der politischen Heuchelei, opportunistischer Anpassung, Uninteressiertheit, Rückzug ins Private. Im Privaten galt für viele immer die BRD als Maßstab erstrebter Lebensverhältnisse.

Ein großes Problem stellte für viele Schüler das Vorhandensein von Westgeld dar. Damit konnten sich jene Schüler, die Westverwandte hatten, über den Intershop Waren besorgen, die anderen versagt blieben. Da auch in der DDR der Einfluss internationaler Trends in der Mode groß war, empfanden dies nicht wenige als große Ungerechtigkeit. Die wachsende Zahl von Westreisen von DDR-Bürgern

(Margot Honecker spricht von jährlich 3 Mio) verschärfte diese Tendenz eher. Die Genehmigung von Westreisen wurde für Jugendliche immer intransparenter und damit ungerechter.

Eine verheerende Wirkung hatte das Berufsverbot oder gar das Vertreiben hervorragender Künstler der DDR nach der Biermann-Affäre 1976 in die BRD. Statt die Identifikation mit der DDR zu vertiefen, trat das Gegenteil ein.

Auch keine aktivere Position des Schülers als Bürger vorgesehen

Partei, Volksbildung und FDJ hatten viel zu wenige politische Konzepte und pädagogische Ideen, wie Kinder und Jugendliche eine eigene aktive Position zu ihrer Unterrichtung in der Schule, eine generell aktivere gesellschaftliche Position hätten einnehmen, wie sie durch erlebte Erfahrung zu selbstständigem Handeln als Bürger hätten ermuntert werden, wie sie eigene kreative Gedanken und Ideen hätten entwickeln können, um die Gesellschaft mit ihren Ideen und Vorschlägen zu bereichern und bei ihrer Entwicklung zu helfen. Die Mitarbeit vieler in Gruppen- und Freundschaftsräten der Pioniere oder in FDJ-Leitungen war nur für manche, hätte aber für viele eine wirkliche demokratische Schule sein können, wenn dort wirklich demokratische Erörterungen stattgefunden und relevante Entscheidungen hätten gefällt werden können. Mit 14 Jahren erhielt ein Jugendlicher einen Personalausweis, mit 14 erlebte er die Jugendweihe, aber für die Stellung in der Gesellschaft hatte das oft keine grundsätzlich verändernde Bedeutung. Diese Jugendlichen blieben Abhängige, eben Schüler, sie wurden zwar mit „Sie“ angesprochen, blieben aber unter pädagogischer Sicht zu Erziehende.

Trotz der ständig propagierten Losung „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ wurde dieses Prinzip aus der Gesellschaft immer mehr verdrängt. Der Jugend wurde von vielen leitenden Funktionären nicht mehr zugetraut, die „Errungenschaften der DDR“ fortzuführen. Deshalb stießen die von Margot Honecker postulierten Aussagen des IX. Pädagogischen Kongresses zur Notwendigkeit der politischen Erziehung der Jugend in der Gesellschaft und bei den Lehrern auch weitgehend auf Unverständnis. Der Erziehungsstil in der Schule und in FDJ und Pionierorganisation blieb vor allem auf Wohlverhalten, äußere Disziplin und viel weniger auf persönliche Initiative und Konfliktbewältigung gerichtet.

Das Volkssystem konnte hier auch nicht – selbst wenn es beabsichtigt gewesen wäre – über den Schatten der Gesellschaft springen. Denn dort war letztlich ein eigenständiges gesellschaftliches Engagement nur im Rahmen der von der Partei vorgedachten Linien vorgesehen. Da war in der Regel nur gewünscht, dass alle das machen, was die Partei jeweils für richtig hielt. Und die Partei wurde von Jahr zu Jahr immer mehr nur noch das Politbüro. Immer mehr Entscheidungen wurden zentral getroffen.¹⁷

Verhängnisvoll für die FDJ, die sich eigentlich als Massenorganisation aller Jugendlichen verstand, erwies sich, sich demonstrativ immer mehr zum Helfer und der Kampfreserve der SED zu erklären.¹⁸ Dass die FDJ gleichzeitig auch Interessenvertreter der Jugend sein wollte, verkam so mehr und mehr

¹⁷ Ein Beispiel: Die beliebten FDJ-Studentenbrigaden wurden in der Anfangszeit zwischen den FDJ-Organisationen der Hochschulen mit territorialen Betrieben organisiert. Da sie sich als eine volkswirtschaftlich messbare Größe erwiesen, wurden diese Einsätze später zentral durch Zentralrat der FDJ und Plankommission zentral bilanziert.

¹⁸ Eberhard Aurich: Diskussionsbeitrag auf der 10. Tagung des ZK der SED, Protokollband der Tagung vom 09.11.1989

zur Farce. Die aktive Wahrnehmung dieser Funktion wäre eine Möglichkeit gewesen, stärker demokratisch in die Entwicklung der Gesellschaft eingreifen zu können. So verkam diese Option immer mehr zu einer Plattitüde und führte zu einem irreparablen Vertrauensverlust in die FDJ. An den Schulen wäre eine solche aktive Rolle der FDJ oder der Pionierorganisation auch nicht verstanden worden.

Die wachsende Differenziertheit der Interessen der Heranwachsenden wurde weder in der Partei- und Staatsführung noch im Ministerium für Volksbildung noch bei uns in der FDJ realistisch zur Kenntnis genommen. Hier prallten letztlich der erklärte pädagogische Anspruch des DDR-Bildungssystems, „selbstständig denkende und handelnde Persönlichkeiten zu erziehen“, mit der pyramidalen Struktur der Gesellschaft, die die Mitglieder der Gesellschaft nur als „Diener der Partei“ betrachtete und wünschte, aufeinander, ein Konflikt, der in den 1980er Jahren nach Erfüllung der wichtigsten materiellen Lebensvoraussetzungen sich immer weiter zuspitzte, Veränderungen in den gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten verlangte und, da diese ausblieben, sich im Herbst 1989 in einer Art „Aufstand“ entlud. Vor diesem Konflikt standen die Sowjetunion und alle sozialistischen Staaten, nur gemeinsam hätten sie dazu eine Lösung finden könnten. Dazu wäre ein völlig neuer emanzipatorischer Ansatz für eine neue Gesellschaftskonzeption notwendig gewesen, der dem Individuum in der Gesellschaft eine ganz andere Stellung hätte verschaffen müssen. Das hätte bedeutet, die herrschende Sozialismus-Konzeption komplett zu ändern. Diese wurde aber auch mit der Perestroika von Gorbatschow nicht entworfen.¹⁹ Die Individuen hätten die Interessen des Gemeinwohls im Einklang mit der Natur unter allgemeiner Beteiligung der Bürger aushandeln müssen, da wäre kein Platz mehr für eine besserwisserische Partei und diktatorisches Gehabe gewesen, sehr wohl aber für Gemeinschaften der Erörterung, der Meinungsbildung und Abwägung der Interessen. Es hätte ganz anderer demokratischer Mechanismen bedurft, um demokratische Mehrheitsentscheidungen zu erreichen und die verschiedenen Glieder der Gesellschaft zur Durchführung des gemeinsam Beschlossenen zu „zwingen“. Die DDR-Führung und auch Margot Honecker waren aber nicht einmal bereit, hier überhaupt einen Konfliktpunkt zu sehen. Insofern bleibt es müßig, die Frage zu beantworten, ob wir diesen Konflikt hätten lösen können oder ob eine solche Lösung nur eine Illusion gewesen wäre. Wir waren dazu letztlich nicht fähig! Das Volk entzog uns deshalb die Legitimation zur Führung der Gesellschaft.

Kaum Möglichkeit demokratischer Mitwirkung

In der DDR galt das Prinzip des demokratischen Zentralismus. Margot Honecker sagte in der Fernsehdokumentation, dass dabei die Mitsprache der Bevölkerung gesichert gewesen sei. Es bleibt schleierhaft, was sie im Auge hat. In ihrem Buch verweist sie nicht ohne Stolz auf die große Aussprache zum Bildungsgesetz in den 1960er Jahren. Ich könnte aus meiner Erfahrung auch noch die Diskussion zum Jugendgesetz in den 1970er Jahren und zur Hochschulreform Ende der 1960er Jahre dazu anführen. Lassen wir mal außen vor, wie kleinlich vorsichtig organisiert eine solche Aussprache ablief, dann fällt auf, dass es sie später in der Honecker-Zeit nie mehr gab. Es bedurfte einer gewissen Überredungskunst des zuständigen Sekretärs im Zentralrat der FDJ, Wilfried Poßner, Margot Honecker dafür zu gewinnen, dass der FDJ in Vorbereitung des IX. Pädagogischen Kongresses 1989 wieder einmal eine öffentliche Aussprache unter Schülern an den Schulen erlaubt wurde. Die daraus entstandene „Wortmeldung der FDJ zum IX. Pädagogischen Kongress“ wurde von Margot

¹⁹ Michael Gorbatschow: Perestroika. Die zweite russische Revolution. 1987

Honecker nicht einmal mehr für diskussionswürdig befunden. Ein ursprünglich vereinbarter Gesprächstermin mit der Führung der FDJ wurde abgesagt!²⁰ Ich hatte dann die „Ehre“, die Ergebnisse in meinem Diskussionsbeitrag auf dem Kongress zusammenzufassen.²¹ Die Schüler wünschten sich zum Beispiel mehr offene Gespräche zu allen Fragen der Politik und des alltäglichen Lebens. Sie forderten drängend, ihre Fragen und Kritiken ernster zu nehmen. Sie wandten sich gegen die Langeweile in den FDJ-Schulungen und begrüßten, dass auch dort begonnen wurde, endlich streitbare Fragen zur Geschichte der DDR zu stellen. Sie forderten, dass nicht nur formal die Leistungsnoten in der Schülerbeurteilung eine Rolle spielen, sondern auch Charaktereigenschaften und gesellschaftliches Engagement. Vor allem schlugen sie vor, dass die Vorschläge der FDJ-Leitungen als Interessenvertreter der Jugendlichen durch die staatlichen Schulleitungen endlich ernst genommen werden, dass die FDJ-Schulklubs auch am Wochenende geöffnet bleiben und dass sie überhaupt mehr Mitsprache zu schulischen Angelegenheiten erhalten. Mein „kleiner“ Vorschlag, in den Schulen die Hausordnungen gemeinsam zu erarbeiten, stieß auf großen Protest im Ministerium für Volksbildung und stellte die FDJ unter „Perestroika-Verdacht“²². Auch sollte meiner Meinung nach damit Schluss gemacht werden, dass in der 7. Klasse die Pioniere ohne nochmalige eigene Entscheidungsmöglichkeit einfach automatisch in die FDJ übernommen wurden, wie es leider an etlichen Schulen schon üblich geworden war. Als FDJ unterstützten wir alle diese Vorschläge vorbehaltlos, zielten sie doch darauf, das Subjekt der Bildung und Erziehung, die Schüler, in eine aktivere gesellschaftliche Position zu bringen. Die Heranwachsenden sollten unserer Meinung nach für unsere Gesellschaft immer wieder neu gewonnen werden, sie sollten sie als ihre Gesellschaft begreifen, akzeptieren, mitgestalten und nicht nur beflissene Nachfolger früherer Generationen ohne eigenen Gestaltungswillen sein.

Wir griffen vor diesem Kongress eine vehement vorgetragene Kritik auf, die auf die Massenmedien der DDR zielte. Die Schüler erhoben wie andere Jugendliche auch die drängende Forderung, endlich täglich eine Jugendsendung im Fernsehen zu haben (wie es im Rundfunk schon seit 1964 üblich war). Auf dem Pädagogischen Kongress konnte ich dann verkünden, dass es ab September 1989 eine solche Sendung geben werde („1199“). Dem war ein heftiger Streit vorangegangen. Erst war kein Geld da, dann fürchteten Fernsehverantwortliche einen Angriff auf die eigentlich desolante Medienpolitik. Daraufhin sprach ich mit Margot Honecker, um sie zu gewinnen, unseren Vorschlag zu unterstützen, was gelang, sprach dies selbst bei Erich Honecker an, der dies schließlich auch befürwortete. Namens der FDJ habe ich dann unsere Vorschläge im Komitee für Fernsehen im Februar 1989 vorgestellt. Sie fanden Zustimmung bei den Machern des Kinder- und Jugendfernsehens. Nach der Premiere habe ich das Fernsehen gleich wieder kritisiert, weil man es

²⁰ Die Zusammenfassung der Diskussion wurde im Büro des Zentralrats der FDJ als Wortmeldung der FDJ zum Pädagogischen Kongress bestätigt. Allein diese Tatsache, dass die FDJ ein eigenständiges Material erarbeitet und veröffentlicht hatte, löste größtes Unverständnis im Ministerium für Volksbildung aus. Die FDJ wurde gar beim Generalsekretär des ZK der SED Erich Honecker deshalb „angeschwärzt“. Deshalb sagte auch Margot Honecker den ursprünglich vereinbarten Gesprächstermin mit der FDJ ab.

²¹ Eberhard Aurich: Diskussionsbeitrag auf dem IX. Pädagogischen Kongress. Junge Welt, 15.06.1989

²² Ein solcher Verdacht hieß, man wolle die neuen „demokratischen Mechanismen“, wie in der Sowjetunion unter Gorbatschow praktiziert, einführen.

ausgerechnet für gut hielt, Karl-Eduard von Schnitzler²³ im Jugendfernsehen auftreten zu lassen. Die Rolle von „1199“ in der Wendezeit ist allgemein bekannt.

Diese Diskussion vor dem Pädagogischen Kongress war aber die Ausnahme. Kein gesellschaftliches Thema von Bedeutung wurde in den 1980er Jahren öffentlich erörtert. Da musste die Perestroika in der Sowjetunion – trotz eingeschränkter Berichterstattung darüber – wie eine Initialzündung in der DDR wirken.

Im Oktober 1989 entschlossen wir uns dann auch in der FDJ zu völlig neuen Formen der demokratischen Aussprache. So hatten wir am 28. Oktober 1989 zu einer öffentlichen Aussprache in das Haus des Zentralrats der FDJ eingeladen. Fünf Stunden standen die leitenden FDJ-Funktionäre 1 500 Jugendlichen Rede und Antwort. Das zeugte von einem stark angestauten Bedürfnis nach demokratischer Mitwirkung.

Ritualisierung der Gesellschaft und der Schule

Die FDJ hat sich immer als natürlicher Verbündeter der Schule der DDR gesehen. Und die Schule und ihre Lehrer haben die FDJ und Pionierorganisation stets aktiv unterstützt. Die Pionierleiter wurden an Hoch- und Fachschulen ausgebildet, sie wurden von der Schule bezahlt. Diese Zusammenarbeit konnte ja auch gar nicht anders sein, hatten wir ja eigentlich die gleichen oben genannten Erziehungsziele. Diese enge Verzahnung von Schule und Kinder- und Jugendorganisation war aber zugleich ein Problem, denn für Kinder und Jugendliche erschienen nun beide als ein sie erziehender Apparat und nicht als eine Möglichkeit eigener Emanzipation.

Ein großes Problem war auch die damit einhergehende zunehmende Ritualisierung des politischen Lebens in der DDR insgesamt, in den Schulen insbesondere. Margot Honecker glaubt zum Beispiel immer noch, dass die Fahnenappelle „eine Form der öffentlichen Zusammenkunft aller Schüler und Lehrer zur gemeinschaftlichen Verständigung“ waren. Sie hat möglicherweise niemals an einem solchen teilgenommen. Ich habe einige als Pionier selbst kommandiert und weiß, wovon ich spreche. Als Steffi Spira auf der Berliner Kundgebung am 04.11.1989 dieses Ritual geißelte, konnte ich ihr nicht widersprechen. Das war einfach überlebt und inhaltlicher Schwachsinn!²⁴ Das galt meiner Meinung nach auch für unseren Uniformierungswahn, so oft wie möglich bei besonderen Anlässen im Blauhemd oder Pionierkleidung aufzutreten, den wir Funktionäre auch selbst nur noch halbherzig durchsetzten. Jugendliche, die in der Öffentlichkeit außerhalb von FDJ-Veranstaltungen, im Blauhemd auftraten wurden von ihren Mitschülern gemobbt.

Das gesellschaftliche Leben in der DDR war mehr und mehr von Aufgeboten, Initiativen zu Parteitagen und Jahrestagen der Republik geprägt. Den Verantwortlichen der Volksbildung hat das nicht gefallen, setzten sie doch eigentlich mehr auf langfristige und nicht kampagnenhafte Erziehung.

²³ Karl-Eduard von Schnitzler setzte sich in seinem wöchentlichen „Schwarzen Kanal“ mit Argumenten des Westfernsehens auseinander. Seine stets klassenmäßige und prinzipielle Argumentation war in der DDR-Bevölkerung sehr unbeliebt, er wurde respektlos „Sudel-Ede“ genannt.

²⁴ In den Schulen war es üblich, einmal in der Woche oder einmal im Monat alle Schüler nach einem festen Ritual zu versammeln. In der Regel kommandierte der Freundschaftsratsvorsitzende die in Reih und Glied angetretenen Klassen/Pioniergruppen. Es wurde die Flagge gehisst. Die Pionierleiterin oder der Schuldirektor hielten eine kurze Ansprache zu aktuellen Ereignissen oder schulischen Anlässen. Es wurden Schüler für besondere schulische oder außerschulische Leistungen geehrt. Die Schauspielerin Steffi Spira kritisierte dieses Ritual auf der Kundgebung am 04.11.1989 auf dem Berliner Alexanderplatz.

Ziel dieser politischen Kampagnen war stets, die Leistungen in der materiellen Produktion zu erhöhen und die Effektivität der Wirtschaft zu verbessern, analog dazu auch die schulischen Leistungen. Besonders problematisch war die Verknüpfung solcher Kampagnen mit dem Wunsch nach Frieden. Falls diese Politisierung die Werktätigen und die Schüler überhaupt erreichte, empfanden sie dies als sehr weit hergeholt, vor allem dann, wenn die organisatorischen und materiellen Voraussetzungen für eine Steigerung der Produktion gar nicht vorhanden waren.

In der DDR gab es viele Gelegenheiten zu demonstrieren, ein Ereignis feierlich zu begehen, zu paradieren, historische Persönlichkeiten zu ehren. Auch eigentlich überlebte Militärparaden standen trotz erklärter Friedenspolitik nicht zur Disposition. Die FDJ und die Pionierorganisation waren wahrscheinlich sogar Weltmeister beim Zelebrieren solcher Aktivitäten. Wie viele Gelöbnisse und Schwüre haben wir in der DDR von uns gegeben?! In den Zeitungen erschienen Listen mit Losungen zum 1. Mai oder zur Oktoberrevolution. Die Schulen nutzten den 1. Mai, 8. Mai, 7. Oktober, Thälmanns Geburtstag, Thälmanns Todestag, Jugendfestivals, Pioniertreffen, Fackelzüge und Massendemonstrationen, Kranzniederlegungen zu Ehren der Sowjetarmee in Treptow, auf anderen Heldenfriedhöfen, in KZs, vor Denkmälern. Beim Besuch leitender Persönlichkeiten wurden nicht selten Spalier angeordnet. Auch mir wurden solche eine Zeit lang zuteil, bis ich es mir verbat. Mit der Zeit war es auch üblich geworden, Schüler (FDJler oder Pioniere) zu solchen Ereignissen einfach zu bestellen („abzustellen“, 50 zum Denkmal, 500 zum Treffen, alle zum 1. Mai, 100 zum Spalier). Der eigentliche Inhalt und Sinn der Veranstaltung geriet meist völlig außer Sichtweite. Die „Winklemente“ (Fahnen und Fähnchen) wurden vor Ort gestellt, die Transparente waren vorgefertigt, Ordner wiesen die gestellten Teilnehmer ein und achteten auf die ausgerichtete Aufstellung. 1979 zum Nationalen Jugendfestival in Berlin, wurden gar per Lautsprecher die Losungen „DDR – unser Vaterland“ so laut eingespielt, dass sie jede persönliche Meinungsäußerung unterdrückten und diese Rufe als „Massenstimmung“ vorgaukelten.

1984 hatte der DEFA-Film „Erscheinen Pflicht“ von Helmut Dziuba nach dem Buch von Gerhard Holtz-Baumert (ZK-Mitglied) Premiere. Im Sekretariat des Zentralrats der FDJ haben wir uns diesen Film vorab angeschaut und entschieden, dass sich die Teilnehmer des bevorstehenden Nationalen Jugendfestivals der DDR diesen Film im Rahmen des Festivalprogramms anschauen sollten, um eine Diskussion über den Sinn von Demonstrationen anzustoßen und eine höhere Bewusstheit dabei zu erreichen. Das stieß auf völliges Unverständnis bei dem für uns zuständigen Sekretär des ZK, Egon Krenz.

1981 war ich erstmals in Nordkorea und habe diesen ritualisierten politischen Pomp dort in „höchster Vollendung“ erlebt. Da hatte ich mir fest vorgenommen, solche Art von Manipulierung bei uns in den größten Ausprägungen nach und nach zu unterbinden. Persönlich ging ich deshalb mit Schülern auf einen sowjetischen Ehrenfriedhof in Karl-Marx-Stadt und ließ sie auf den Grabsteinen studieren, wer dort eigentlich lag und wann er gefallen war. Den Einsatz von Lautsprechern zwecks Stimmungsmanipulierung hatte ich bereits als 1. Sekretär der FDJ 1984 zu allen künftigen FDJ-Treffen verboten. 1987 forderte ich die Berliner FDJ auf, nur mit Teilnehmern ans Lenin-Denkmal zu kommen, die persönlich mit der Ehrung zur Oktoberrevolution einverstanden waren. Ich halte es für ein großes Versäumnis unsererseits, uns nicht kritisch mit der Form unserer Manifestationen auseinandergesetzt und diese verändert zu haben. Wenn auch im Inhalt diametral entgegengesetzt, hatten diese doch leider in der Form auch eine fatale Nähe zu Naziaufmärschen. Das trifft auf Fackelzüge, Manifestationen auf dem Marx-Engels-Platz, Großdemonstrationen und der

Uniformierung von Jugendlichen und Kindern zu. Wir glaubten, dass der Inhalt wichtiger als die Form ist, das war ein schlimmer Irrtum!²⁵

Wenn den Teilnehmern der Sinn der Demonstration klar war, kamen sie freiwillig. So war die FDJ-Kundgebung gegen die Raketenstationierung in Westeuropa auf dem Berliner Bebel-Platz 1983 überwältigend. 1988 gab es bei einer beeindruckenden Ehrung in Ravensbrück mit Stephan Hermlin keine vorbereiteten Winkelemente mehr, die Teilnehmer konnten persönlich eine rote Nelke erwerben und diese in den dortigen See als Zeichen der Trauer werfen. Die Ehrung war ehrlich und von echten Gefühlen getragen. Am Olof-Palme-Marsch 1987 quer durch die DDR nahmen erstmals nicht nur Mitglieder des FDJ-Aktivs teil, sondern beteiligten sich auch christliche Jugendgruppen. 1989 wurden die Transparente zum Nationalen Jugendfestival in Berlin zum Entsetzen des MfS ausschließlich von den Teilnehmern selbst angefertigt. Zum Fackelzug zum 40. Jahrestag der DDR wurde erstmals 60 000 Teilnehmern der Entwurf eines Textes zur Erneuerung des Gelöbnisses von 1949 vorgelegt und sie um Zustimmung gebeten.²⁶ Sie billigten völlig unsere „Liebeserklärungen“ an die DDR. Sie forderten aber, dass jeder Bezug auf Erich Honecker gestrichen wurde. In den Sammelräumen des Fackelzuges 1989 spielten wir erstmals keine FDJ- und Kampflieder, sondern Songs aus dem damals sehr populären amerikanischen Film „Dirty Dancing“. Unsere Vorstellung in dieser Zeit war, dass politisches Engagement keineswegs mehr ritualisiert abgefordert werden kann, sondern die jungen Teilnehmer für jede Aktion immer wieder persönlich gewonnen werden sollten. Wir wollten das gewinnende Gespräch und kalkulierten ein, dass nicht alle sich mehr gewinnen ließen. Dieses Herangehen wurde in der FDJ nur schwer, in der Partei und von Margot Honecker als oberste Schulverantwortliche kaum verstanden. Ich hatte darüber mit ihr gemeinsam mit Wilfried Poßner, Vorsitzender der Pionierorganisation, mehrfach Gespräche. Es ging dabei vor allem um das Prinzip der Freiwilligkeit. Ich war der Meinung, dass wir gute überzeugende Argumente hatten, für die Mitgliedschaft in der Pionierorganisation oder FDJ und deren Vorhaben die Kinder und Jugendlichen zu gewinnen, sie für Aktionen, für die Teilnahme an Festivals, politischen Demonstrationen, Ehrungen zu begeistern und kalkulierte ein, dass uns das nicht mehr bei jedem gelingen wird. Margot Honecker war da eher skeptisch, setzte mehr auf die rituelle Gewohnheit und meinte auch, dass solche gewinnenden Fähigkeiten nicht bei allen Lehrern und Funktionären vorausgesetzt werden könnten. Das Ergebnis war, dass deshalb besonders in den Schulen der Formalismus blühte, sich viele kaum noch die Mühe des überzeugenden Gesprächs machte. Die Folge war in vielen Fällen Heuchelei, Desinteresse, immer mehr oppositionelles Verhalten unter Kindern und Jugendlichen sowie Frust unter Lehrern. Auch wurde der FDJ seitens des Ministeriums für Volksbildung unterstellt, den FDJ-Leitungen der Schulen vorgeschlagen zu haben, „Meckerecken“ einzurichten, die dann die Protestierer gegen die Militärparade in Berlin („Ossietzky-Schule“) genutzt hätten. In einem offiziellen Brief an die Ministerin habe ich mich damals gegen solche Behauptungen strikt verwahrt. Solche Mittel demokratischer Meinungsäußerung wären aber eher ein Instrument gewesen, Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen.

Besonders tragisch war, dass leider auch die antifaschistische Erziehung mehr und mehr unter dieser Ritualisierung litt. Im Unterricht wurde ein wahres Bild über die faschistischen Verbrechen und den

²⁵ Mir schrieb der ehem. Leiter des Jugendfernsehens der DDR Werner Hannig: Ein mir sehr verbundener kluger Puppengestalter und -spieler, Mitglied der SED, Jahrgang 1924, war in seiner Jugend in (oder im Auftrag) der Reichsleitung der HJ mit der psychologischen Einwirkung auf die Jugend befasst. In sehr persönlichen Gesprächen sagte er mir: „Mir wird schlecht, wenn ich die Fackelzüge der FDJ sehe, obwohl ich natürlich um deren Ziel und Inhalt weiß“.

²⁶ In einem Kommentar in der Jungen Welt vom 9.10.1989 habe ich unter dem Pseudonym Walther Eberhardt diese demokratische Entstehungsweise ausführlich gewürdigt.

Veränderte Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche

Holocaust vermittelt, Schüler kannten das „Tagebuch der Anne Frank“, „Nackt unter Wölfen“, „Professor Mamlock“, sie wussten, wer Graf Stauffenberg und was Auschwitz war, kannten den heldenhaften antifaschistischen Widerstand deutscher Kommunisten und den Kampf der Sowjetarmee gegen den Hitlerfaschismus. Viele hatten selbst ehemalige KZs besucht. Veteranen berichteten vor Schülern. Trotzdem wurden viele antifaschistische Ehrungen oft leer und inhaltslos, eben routiniert.

Es gab viele Pädagogen, Pionierleiter, Partei- und FDJ-Funktionäre, die es verstanden, mit Jugendlichen und Kindern anregende politische Gespräche zu führen, ihren Fragen zuzuhören und diese sensibel zu beantworten. Allerdings fielen ihnen die überzeugenden Antworten immer schwerer. Margot Honecker meinte auf dem IX. Pädagogischen Kongress, man müsse nur prinzipieller auftreten. Das ging an der Realität weit vorbei. Politische Reden durch Partei-, Staats- und FDJ-Funktionäre waren oft emotionslos, inhaltsleer und voller Phrasen, die kaum ein Jugendlicher noch hören mochte. Freie Rede, die Antwort auf tatsächlich gestellte Fragen, die polemische Auseinandersetzung mit anderen Auffassungen waren eine seltene Ausnahme, praktiziert durch wenige Funktionäre.

Auch wurde von uns oft völlig übersehen oder negiert, dass die genannten politischen Aktivitäten nur einen kleinen Teil der Jugend überhaupt erreichten. Offiziell glaubten wir, dass Dreiviertel der Jugendlichen bis 25 Jahre Mitglied der FDJ waren. Bei öffentlichen Kundgebungen taten wir stets so, als ob dies „die Jugend der DDR“ sei, dabei war es oft nur ein Teil des FDJ-Aktivs. Die Mehrheit der Jugend wurde jedenfalls von der FDJ und der Pionierorganisation nicht mehr erreicht. In den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen (Universitäten, Hoch- und Fachschulen), wo noch eine stärkere informelle Kontrolle herrschte, war der Anteil der FDJ-Mitglieder höher, oft aber unter dem Preis einer nur formalen Mitgliedschaft. Viele Jugendliche stieß auch der herrschende administrative Stil in der FDJ ab, sie kritisierten zu Recht immer noch vorhandene Zahlenhascherei und dass die leitenden FDJ-Funktionäre eigentlich keine Jugendlichen mehr waren.

Veränderte Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendlichen der DDR 1989 waren ausschließlich im Sozialismus geboren. Ihr Alltag war von Frieden und steigendem Wohlstand in ihren Familien bestimmt. In der Regel waren beide Elternteile berufstätig, die Kinder hatten meistens Krippe, Kindergarten durchlaufen und wurden am Nachmittag im Schulhort betreut. Ihre Lebensbedingungen galten als behütet, frei von größeren sozialen Sorgen, frei von Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit. Drogensucht war weitgehend unbekannt, die Kriminalitätsrate war gering.

Lehrer und Eltern waren sich aber auch einig in dem Wunsch, den Eltern mehr zusammenhängende Freizeit mit ihren Kindern zu gewähren und deshalb den Sonnabend-Unterricht abzuschaffen. Das Ministerium für Volksbildung blieb aber zur allgemeinen Enttäuschung auch noch 1989 bei der 6-Tage-Unterrichtswoche mit der ausdrücklichen Begründung, damit den Rhythmus in den Familien unter schulischen Aspekten bestimmen zu wollen.

Besonders durch den Einfluss der Massenmedien wuchsen Kinder und Jugendliche auch unter scheinbar weltoffenen Bedingungen auf (ohne physische Konsequenzen für sie). Sie erlebten keinen Krieg, jedoch die verschärfte internationale Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltsystemen, den widersprüchlichen Kampf um Entspannung und friedliche Koexistenz, den Umbruch in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern (besonders Polen, Ungarn). Als Zentralrat der

FDJ haben wir die politisch-ideologische Situation unter der Jugend ständig analysiert und die Parteiführung auch darüber informiert. Leider wurde uns erst im September 1989 erlaubt, der Parteiführung eine umfassende Analyse der politisch-ideologischen Situation unter der Jugend der DDR vorzulegen.²⁷ Auch nach vielen Jahren Abstand, können wesentliche Einschätzungen dieses Papiers auch noch heute als zutreffend angesehen werden.²⁸

Junge Leute in jener Zeit empfanden an der DDR als besonders wertvoll die soziale Sicherheit und Sicherheit des Arbeitsplatzes, die gleichen Bildungschancen für alle, die Friedenspolitik ihres Staates. Ein ausgesprochen vorbehaltloser DDR-Stolz ist aber nie bei allen Jugendlichen erreicht worden. Davon ausgenommen war die Resonanz auf die DDR-Sportleistungen (mit Ausnahme von Fußball). Hier entwickelte sich ein großer Stolz auf DDR-Sportler. Täve Schur war das Symbol dafür, wie eine Abstimmung der Jungen Welt über die 40 besten Sportler der DDR noch 1989 bewies.

Trotz eines gewaltigen Wohnungsbauprogramms und niedrigen Mieten lebten viele Familien noch in heruntergekommenen grauen Altbauten und warteten auf eine Neubauwohnung. 1988 gab es über 72 000 Wohnungsanträge junger Ehepaare, die auf eine eigene Wohnung warteten. Ledigen Jugendlichen wurde die Annahme eines Wohnungsantrags oft verweigert. Auch wegen dieser Bedürfnisse wurde die Konzentration auf den Aufbau der Hauptstadt der DDR Berlin immer wieder kritisch hinterfragt. Die Partei hatte der Bevölkerung versprochen, das Wohnungsproblem als soziales Problem bis 1990 zu lösen. An der Verwirklichung dieses Zieles wurde in weiten Teilen der DDR immer mehr gezweifelt. Es hätte sich wahrscheinlich auch als nicht erfüllbar erweisen.

Besonders das Lebensniveau der BRD wurde – trotz fehlender eigener direkter Erfahrungen – stets höher bewertet und zum Maßstab der Wünsche. Deshalb erregte es großen Unmut, als die DDR-Propaganda 1989 plötzlich verkündete, dass in der DDR ein höherer Lebensstandard als in der BRD erreicht sei.

Viele Kinder und Jugendliche erlebten in ihren Familien oft negativ den täglichen Stress, die Versorgung der Familie auf einem mittlerweile gehobenen Niveau sicherzustellen. In der erwähnten Vorlage an das Politbüro listete zum Beispiel der Zentralrat der FDJ im September 1989 zusätzlich spezielle Klagen von Jugendlichen über Versorgungsmängel auf: Jugendmode, Sportbekleidung,

²⁷ Am 12. September 1989 besuchten Gerd Schulz (Leiter der Abteilung Jugend im ZK der SED) und ich Egon Krenz in seinem „Verbannungsort“ Dierhagen (Honecker hatte auf Urlaub für ihn bestanden). Wir forderten ihn auf, endlich zu handeln und Veränderungen in Politik und Führung herbeizuführen. Dabei vereinbarten wir außerdem, dass der Zentralrat der FDJ noch vor dem 40. Jahrestag der DDR dem Politbüro eine politisch-ideologische Einschätzung vorlegt, die Antworten auf die Frage nach den Gründen der Ausreisewelle geben sollte. Unser Ziel war, dass diese Vorlage in der 1. Sitzung des Politbüros nach dem Jahrestag am 10.10. behandelt werden sollte. Deshalb übergab ich dieses Material an Egon Krenz am 03.10. Dabei planten wir bewusst den Widerspruch zwischen der großen DDR-Zustimmung zum FDJ-Fackelzug und den kritischen Einschätzungen unserer Vorlage ein. Dieser sollte der Parteiführung signalisieren, dass das FDJ-Aktiv bestimmte Erwartungen an die Parteiführung im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der DDR hatte und bereit war, daran mitzuarbeiten. Am 05.10. erklärt uns Egon Krenz zu unserem Unverständnis, dass es jetzt nicht zweckmäßig sei, unsere Vorlage einzureichen (Mielke habe ihn gewarnt, Honecker könne diese scharfe Vorlage als Instrument zur Disziplinierung des Politbüros benutzen!). Die Vorlage solle erst eine Woche später vorgelegt werden. Nach den Ereignissen um den Jahrestag haben wir dann diese Vorlage bereits am 08.10. überarbeitet und mit dem Einverständnis von Egon Krenz diese offiziell am 09.10. mit einem Anschreiben an Erich Honecker mit der Bitte übergeben, diese dem Politbüro vorzulegen.

²⁸ Eberhard Aurich, Wilfried Poßner, Gerd Schulz: Einschätzung der politisch-ideologischen Situation unter der Jugend der DDR. Vorlage an das Politbüro des ZK der SED vom 08.10.1989 – unveröffentlicht Siehe auch: Wilfried Poßner: Immer bereit. So war unsere Pionierorganisation. Berlin, 1995. Neuauflage: Berlin, 2012.

Kinderbekleidung, Mopeds, Fahrräder, Unterhaltungselektronik (Stereorekorder, Walkmans), Möbel für junge Eheleute, Computer, eingeschränktes Lebensmittelangebot für gesunde Ernährung, alkoholfreie Getränke. Des Weiteren wurde beklagt, dass es die beliebte JUNGE WELT (Tageszeitung) und das begehrte Jugendmagazin NEUES LEBEN nicht am Kiosk zu kaufen gab, ebenso fehlten Schallplatten und Kassetten (v. a. mit internationaler Musik). Als ich im September 1989 auf der Gesundheitskonferenz forderte, die uns vom zuständigen Minister auf der Leipziger Messe gezeigte moderne Sportbekleidung auch der Jugend in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen, ordnete das Margot Honecker leider ablehnend unter „Forderungsideologie“ ein.

Große Zustimmung fanden unter jungen Leuten die zinslosen Kredite für junge Ehen. Seit Januar 1988 bis Mitte 1989 wurden 123 174 im Wert von über 1 Mrd. Mark vergeben, wovon ein Viertel wegen der Geburt von Kindern gänzlich erlassen wurden.

Kindern und Jugendlichen aller Bevölkerungsschichten stand eine Vielzahl von Freizeit- und Sporteinrichtungen kostenlos oder für ein geringes Entgelt zur Verfügung. In fast allen Schulen und Hoch- und Fachschulen existierten Schüler- und Studentenklubs (ich selbst habe als Student zwei Jahre einen solchen geleitet). In den Wohngebieten wurden Jugendklubs neu gebaut. Beklagt wurde allerdings, dass oftmals die Teilnahme an Freizeit- und Sportaktivitäten nur über eine formale Mitgliedschaft in Vereinen möglich war.

Eine große Entwicklung nahm der Jugendtourismus. Für 1990 waren 421 000 Reisen in das sozialistische Ausland geplant (darunter Jugendwerke mit Polen und der CSSR), 11 770 in das westliche Ausland. Das entsprach natürlich bei weitem nicht dem Reisebedürfnis. Die zentralen Pionierlager wurden großzügig ausgebaut (statt Zelte feste Gebäude), Jugendherbergen wurden rekonstruiert, die ersten Jugendhotels entstanden in Berlin. Werder-Petzow und Erfurt. Wir berücksichtigten bei dem Ausbau der Ferieneinrichtungen allerdings teilweise zu wenig die Entwicklung der Bedürfnisse nach romantischen Ferientaufenthalten. Jugendliche, die am Ferientausch mit der VR Polen teilnahmen, berichteten oft begeistert über die einfachen Zeltlager der Polnischen Pfadfinder, über Lagerfeuer und Selbstkochen.

Der Wunsch nach mehr Reisefreiheit nahm in den 1980er Jahren stetig zu, dem politisch erst im Herbst 1989 stattgegeben wurde. Dieser Wunsch wurde natürlich auch durch westliche Medien geschürt.

Wertewandel bei Jugendlichen in der DDR

Margot Honecker betont: „Wir wollten Persönlichkeiten erziehen, die nicht nur anständig durchs Leben gehen, sondern auch wissen, was die wahren Werte des Daseins sind – und was dafür getan werden muss.“ Frieden, Freundschaft, Solidarität waren deshalb zu Recht genauso hohe moralische Werte wie Achtung der Arbeit und Fleiß, wie Liebe und Kameradschaft im Umgang miteinander, wie Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit. Margot Honecker ist es offensichtlich entgangen, dass es gerade hier ständig wachsende Widersprüche gab.

Die Jugend in der DDR ist im Frieden und gesicherten sozialen Verhältnissen aufgewachsen. Sie hat die physische Bedrohung ihrer Existenz durch Krieg und kapitalistische Ausbeutung nicht mehr erlebt. Spätestens nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 entwickelten sich ihre Bedürfnisse aber vor allem auf der Grundlage eigener sozialer Erfahrungen im DDR-Sozialismus, die nichts mehr mit den früheren kapitalistischen Verhältnissen zu tun hatten. Das führte ähnlich zur Entwicklung in der BRD

auch in der DDR zu einem latenten „Generationenkonflikt“, der weder Ende der 1960er Jahre noch überhaupt vor 1989 direkt zum Ausbruch kam und deshalb meistens geleugnet wurde.

Für den Nichtausbruch gab es offensichtlich u. a. folgende Gründe:

1. In der BRD entzündete sich der Generationenkonflikt am Umgang der Herrschenden mit der Nazi-Vergangenheit (Weiterbeschäftigung von Nazis in Ämtern, Kiesinger, Globke etc.). Dafür gab es in der DDR wegen ihrer Konsequenz bei der Entnazifizierung keinerlei Gründe. In der DDR wurde aber auch nicht hinterfragt, ob allein die antifaschistische Biografie über alle Generationen hinweg ausreicht, das Land zu führen. Hier dominierten Respekt, Achtung, Verbeugungen vor der antifaschistischen Biografie.
2. Das bereits erwähnte Jugendkommuniqué des ZK der SED war ein Versuch der Partei, auf die veränderte Lage der jungen Generation zu reagieren. Durch das 11. Plenum 1965 wurde aber diese liberalere Jugendpolitik unterbunden. Es gab in diesem Zusammenhang auch verschärfte administrative Maßnahmen, die sich gegen bestimmte Filme und Bücher („Spur der Steine“), gegen Anhänger der Beatmusik („Butlers“ in Leipzig) und gegen kirchliche Aktivitäten (Uni-Kirche Leipzig z. B.) richteten.
3. In der DDR wurde in den 1960er Jahren eine Reihe von Reformen eingeleitet, die vom allgemeinen Sozialismusmodell der Sowjetunion abwichen und Entwicklungsprobleme in der DDR konstruktiv lösen sollten. So sollte mittels ökonomischer Hebel größere Eigeninitiative gefördert und verschiedene Eigentumsformen akzeptiert werden. Die SED propagierte gar den Sozialismus als eine selbstständige Gesellschaftsformation, die erst viel später sich hin zum Kommunismus entwickeln könnte. Als in Westeuropa Studenten gegen das verkrustete Hochschulwesen demonstrierten, wurde in der DDR eine Hochschulreform angestoßen, die eine große konstruktive Aktivität an den Universitäten und Hochschulen auslöste. Zuvor war bereits das Bildungsgesetz in einer umfangreichen Aussprache erörtert worden. Eine neue DDR-Verfassung wurde erarbeitet und 1968 nach einer Volksaussprache in einem Volksentscheid zur Abstimmung gestellt (91,4 Prozent Zustimmung). Die Forderung Brandts im Westen „Mehr Demokratie wagen!“ hatte so zunächst nur geringeren Widerhall in der DDR. Die Entwicklung in der CSSR („Prager Frühling“) stellte zwar diese DDR-Reformbemühungen auf einen harten Prüfstein, schränkte aber ihre gesellschaftspolitische Dämpfungsfunktion zu diesem Zeitpunkt nicht entscheidend ein. (1988/1989 wurden allerdings aus diesen Erfahrungen mit einer demokratischeren Machtausübung keinerlei Lehren gezogen!).²⁹
4. Mit der vom VIII. Parteitag 1971 eingeleiteten Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde ein umfassendes Sozialprogramm verwirklicht. Die Lebensverhältnisse der DDR-Bevölkerung verbesserten sich wesentlich, was die Zufriedenheit der DDR-Bürger mit ihrem Staat festigte. Die Fortsetzung dieses Kurses wurde aber immer schwieriger, weil er die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR überstieg, sodass in den 1980er Jahren die Unzufriedenheit der Bevölkerung wieder zunahm.
5. Die westdeutsche Ausprägung des Generationenkonflikts hatte wegen des Protestes gegen den Vietnam-Krieg der USA einen starken antiamerikanischen Zug. In der DDR war der

²⁹ Diese Reformbemühungen Walter Ulbrichts wurden von der KPdSU höchst misstrauisch verfolgt und mit seinem Sturz durch Erich Honecker im Mai 1971 abgewürgt.

gleiche Protest gegen den Vietnamkrieg systemkonform und stützte dieses, diente damit nicht zusätzlich einer Emotionalisierung des Wunsches nach mehr Demokratie.

6. Der DDR gelang es, die Proteste der Jugendlichen in der BRD und Westeuropa den Jugendlichen in der DDR nicht bloß als Generationenkonflikt sondern als antikapitalistische Proteste zu vermitteln, was im Sinne der Klassenerziehung systemstabilisierend wirkte.

Der Kampf um die Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in Europa hatte widersprüchliche Auswirkungen. Von Jugendlichen der DDR wurde das Friedensengagement der DDR-Führung aktiv unterstützt. Für viele Jugendliche passten aber die aktiven politischen und diplomatischen Bemühungen um den Frieden in Europa nicht mit Anstrengungen zur militärischen Stärkung zusammen, sie sahen auch kaum einen Zusammenhang zwischen Produktionstaten und der Friedenspolitik. So konnte auch die Aktion der Kirche „Schwerter zu Pflugscharen“ 1982 einen ziemlichen Zuspruch erlangen.³⁰

Das Eigentum in der DDR war weitgehend vergesellschaftet (Volkseigentum). Trotzdem gelang es nie, ein solches Eigentümerbewusstsein unter DDR-Bürgern auszuprägen, dieses effektiv zu nutzen, zu pflegen und zu hüten. Hier gab es ein wachsendes Desinteresse, das heißt, die neuen Produktionsverhältnisse förderten nicht im erwünschten Maße die Produktivkräfte.

Die weltweite wissenschaftlich-technische Revolution rückte mehr und mehr die Effektivität der Arbeit in den Focus. Wissenschaftlich-technische Spitzenleistungen waren zwar offiziell gewünscht, wurden aber viel zu wenig finanziell und materiell ermöglicht. Die Bewegung der Jugendforscherkollektive der FDJ war zwar propagandistisch wirksam, praktisch aber von zu geringer Effizienz. In der DDR galt körperliche Arbeit immer als ein hoher Wert. Dabei waren die Arbeitsbedingungen oft sehr schwer (Braunkohle, Bergbau, Chemie, Stahlwerke, Bau, Landwirtschaft u.a.), besonders in älteren Produktionsstätten. Die schulische Ausbildung war oft höher, als sie die beruflichen Ansprüche erforderten. Andererseits begann durch die zunehmende Arbeitsteilung auch ein Prozess der Entwertung bestimmter Qualifikationen. Der höhere Anteil geistiger Arbeiten war noch ungenügend erfasst und wurde wenig wertgeschätzt. Der hohe Wert der Arbeit wurde zudem stark beschädigt, wenn wegen fehlenden Materials oder Fehlplanung keine Arbeit stattfinden konnte (oder per Sonderschichten nachgeholt werden musste), wenn gute Ideen der Jugendforscherkollektive oder aus der MMM-Bewegung³¹ nicht eingeführt werden konnten, wenn Ausschuss oder Schlampe geduldet wurde, wenn viele Orden und Ehrenzeichen für nicht immer erwiesene Leistungen verteilt wurden. Das geringe Lohngefälle und die kaum umsetzbare Kaufkraft stimulierten nicht besonders die Arbeitsleistungen. Das wirkte sich zunehmend negativ auf die Berufsmotivation und Lernbereitschaft aus. Die ständigen öffentlichen Meldungen über angebliche Produktionserfolge standen zudem im wachsenden Widerspruch zur Realität in den Betrieben und dem Angebot in den Läden.

³⁰ Unter Verwendung eines Symbols einer Plastik, die die UdSSR 1958 der UNO geschenkt hatte (von der es auch eine DDR-Briefmarke gab), schmückten sich Jugendliche 1982 mit einem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ als Zeichen des Protestes gegen die Raketenstationierung in Europa und ihrer pazifistischen Überzeugung. In der Zeit der Auseinandersetzung um die Stationierung von Cruise Missiles und Pershings in Westeuropa gegen die SS 20 der UdSSR wurde dieser Protest von der DDR-Führung als gegen die Friedenspolitik der sozialistischen Länder gewertet und deshalb kriminalisiert. Als die FDJ mit Aufklebern „Gegen NATO-Waffen Frieden schaffen!“ konterte, wurden auch diese durch das MfS misstrauisch beäugt. Von mir wurde zum Beispiel zum 1. Mai 1983 von einem General des MfS verlangt, diesen Aufkleber von meiner Jacke zu entfernen.

³¹ MMM... Messe der Meister von morgen: Wettstreit um neue technologische Lösungen, Erfindungen, Verbesserungen in den Produktionsabläufen

Das DDR-Bildungssystem führte unabhängig davon zu einem stetigen Zuwachs an Bildung, was den Anspruch der Heranwachsenden an Rationalität und Plausibilität gesellschaftlicher Entscheidungen zunehmend erhöhte. Der geistige Kompetenzzuwachs junger Leute wurde deshalb immer mehr zum Problem ihrer Führung durch Leute, die nicht solche Bildung genossen hatten. Es wirkte sich deshalb 1989 als besonders nachteilig aus, dass in der Führungsstruktur der Gesellschaft nicht genügend neue junge, gut ausgebildete Leute eingebaut worden waren. Selbst in der FDJ waren die führenden Kader mittlerweile überaltert.

Die materiellen Grundbedürfnisse der Menschen waren mehr und mehr befriedigt. Die Ansprüche wurden jedoch differenzierter: Farbfernseher, Stereorecorder, Computer, Mobilität per PKW und Motorrad/Moped, Reisen im Inland und Ausland, modische Kleidung. Die DDR-Wirtschaft war immer weniger in der Lage, diesen Bedürfnissen gerecht zu werden. Die Preisstabilität sicherte zwar den Grundbedarf, entwertete aber zugleich mehr und mehr den Wert der Güter und verhinderte die Durchsetzung des Leistungsprinzips. Der hohen Kaufkraft stand kaum noch ein adäquates Warenangebot gegenüber, was zu wachsender Missstimmung führte. Mehr und mehr führte dies auch zur Entfremdung vom Volkseigentum, zumal es kaum Strukturen gab, die tatsächliches Eigentümerbewusstsein hätten ausprägen helfen. Schlamperei, Diebstahl, Misswirtschaft, Verlotterung in den Betrieben, Verfall von Produktionsanlagen blieb auch Schülern nicht verborgen. Eigeninitiative zur Verbesserung materieller Bedingungen scheiterte oft an nicht vorhandenen Möglichkeiten der Bereitstellung von Material (man bedenke nur, was es für die DDR-Bürger bedeutet hätte, über das heutige Baumarkt-Angebot zu verfügen!) Eine ehrliche Bilanzierung oder gar öffentliche Kritik solcher Erscheinungen gab es nicht.

Unter den Jugendlichen entwickelte sich zunehmend ein ökologisches Bewusstsein, besonders in jenen Gebieten, wo wegen der wirtschaftlichen Ausbeutung von natürlichen Ressourcen große Umweltschäden entstanden. Diesbezügliche Umwelt-Initiativen wurden aber meist kriminalisiert und waren oft nur in der Kirche oder in speziellen Arbeitskreisen des Kulturbundes möglich.

In der DDR nahmen Frauen zunehmend eine gleichberechtigte Stellung ein. Durch ihre Berufstätigkeit wurden sie unabhängig von der Versorgung durch den Ehemann. Das stärkte das Selbstbewusstsein junger Frauen enorm. Mit dem Gesetz zur Schwangerschaftsunterbrechung vom Januar 1972 (mit Gegenstimmen der CDU) und der kostenfreien Pille wurde in der DDR jungen Leuten eine große Sorge genommen. Bei ungewollter Schwangerschaft war jetzt eine Unterbrechung der Schwangerschaft möglich. Das unterstützte den sehr freien und ungezwungenen Umgang mit Liebe und Sexualität. Die Junge Welt antwortete regelmäßig auf diesbezügliche Fragen in ihrer Rubrik „Unter vier Augen“, in der Schule wurde Sexualkunde unterrichtet, in der Öffentlichkeit war Liebe und Sexualität ein freies Thema (FKK!). Trotzdem wurde die FDJ von Egon Krenz dafür kritisiert, dass in einer Sonderausgabe des Jugendmagazins NEUES LEBEN „allzu freizügig“ Aktfotos publiziert wurden.³²

Für viele Schüler war antiimperialistische Solidarität wirklich eine Herzensangelegenheit. Sie waren bereit, dafür ihr Taschengeld zu spenden und mussten jedoch oft erleben, dass das gesammelte Geld nicht für solche Zwecke wegen Mangel an Waren genutzt werden konnte. Seitens des Zentralrats der

³² Andererseits fand die FDJ offene Ohren und eine entsprechende Gesetzesnovelle, als sie 1987 nach einer Anregung von Günther Amendt (BRD) dem Justizminister der DDR vorschlug, die letzten diskriminierenden Bestimmungen für Homosexuelle im Strafrecht zu tilgen. (Da galt in der BRD der § 175 noch!)

FDJ mussten z. B. erst energische Schritte eingeleitet werden, dass so simple Dinge wie Schulhefte, Bleistifte, rote Halstücher (!) u.a. Kindern in Vietnam oder Nikaragua bereitgestellt werden konnten.

Es vollzog sich in der Welt ein Prozess wachsender Globalisierung der Kultur. Viele Jugendliche in der DDR verfolgten deshalb ausschließlich Westsender (besonders Radio Luxemburg und RIAS). Sie fanden ihre Idole in westlichen Rock- und Pop-Gruppen. Obwohl dies nicht mehr wie früher durch die DDR-Führung kriminalisiert wurde, stellte dieses Bedürfnis einen ständigen Konfliktpunkt mit ihrem Staat dar. Die kreative DDR-Rock-Musik fand zwar trotzdem viel Zuspruch, konnte aber diese Lücke nicht entscheidend schließen. Es war schlicht nicht möglich, die DDR-Jugend von der internationalen Kultur und den damit verbundenen Modetrends abzuschotten. Einen riesigen Zuspruch fanden deshalb die 1987 und 1988 von der FDJ mit Zustimmung der Parteiführung organisierten großen Open-Air-Rockveranstaltungen mit Barclay James Harvest, Bob Dylan, Bruce Springsteen, Joe Cocker u.a.³³

Die Vermittlung christlicher Werte spielte in der weitgehend protestantischen DDR eine nur geringe Rolle. Die Trennung von Staat und Kirche funktionierte in der Regel. Immer weniger Jugendliche nahmen an Veranstaltungen der Kirche teil. Die Mitgliedschaft in der Jungen Gemeinde, Evangelischen oder Katholischen Studentengemeinde hatte kaum religiöse sondern eher oppositionelle Züge, was sich zum Ende der DDR hin verstärkte. Dass trotz Jugendweihe sich Jugendliche konfirmieren ließen, fand meist in den Familien die Begründung, sich nicht völlig auf den atheistischen Staat einlassen zu wollen (die Kirche diskriminierte lächerlicherweise gar Jugendweiheteilnehmer, indem diese erst ein Jahr später konfirmiert werden durften!). Ein vom Amt für Jugendfragen erstelltes Buch für junge Ehen musste jedoch noch in den 1980er Jahren makuliert werden, weil darin ein Foto einer christlichen Trauung veröffentlicht war.

Auch in der DDR entwickelten sich andere Lebensweisen als gewünscht: Punker, Grufties fanden Zuspruch, auch alternative Wohnmodelle kamen in Mode. Völlig rätselhaft blieb für uns, warum sich in der antifaschistisch dominierten DDR Jugendliche als Skinheads ausgaben. Auf solche Entwicklungen waren wir nicht vorbereitet.

Natürlich kamen über die Westmedien auch verschiedene politische Argumente unter die Jugend der DDR, die sie zunehmend in Widerspruch zu ihrem Staat brachten. Widerstand dagegen hätte bei ihnen eine höhere Verbundenheit mit der DDR und ihrer politischen Führung verlangt. Es ist Bildung und Erziehung nicht gelungen, dieser Diversion überzeugend zu begegnen.

Angst vor der Wahrheit und vergiftete Atmosphäre

Ich habe mich beim Lesen des Buches von Margot Honecker sehr gewundert, dass ausgerechnet sie plötzlich über Zahlen sprach, die das Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig als Stimmungsbarometer unter der Jugend der DDR erhoben hatte. Ich kenne seit 1969 viele wichtige Studien dieses Instituts und es ist durchaus richtig, dass Ende der 1960er Jahre (also zum Zeitpunkt der Annahme der DDR-Verfassung von 1968 und in der Ulbricht-Zeit) diese soziologischen Marker noch eine wesentlich höhere DDR-Verbundenheit der Jugend der DDR signalisierten als 1989. Diese Wertungen wurden aber von der DDR-Führung nur insofern ernst genommen, dass sie in die Panzerschranke verbannt werden mussten, damit möglichst kein westliches Medium davon erführe.

³³ Die FDJ führte in diesen Jahren mehrere Rockveranstaltungen durch. Höhepunkt waren die Auftritte von Joe Cocker und Bruce Springsteen in Berlin-Weißensee, die Dieter Dehm (BRD) und Katharina Witt (DDR) gemeinsam moderierten.

Margot Honecker verbot gar zeitweise Befragungen an den Schulen. Zu Schlussfolgerungen für die politischen und pädagogischen Konzepte wurden diese Analysen durch die Parteiführung (außer Egon Krenz) nie genutzt. Es gab schlicht keine Aussprachen über die Ursachen der Stimmungsveränderungen. Im Januar 1988 bat ich jedoch Prof. Dr. Walter Friedrich auf einer erweiterten Tagung des Büros des Zentralrats über aktuelle Tendenzen im politischen Meinungsbild der Jugend zu sprechen. Das hat er in aller Verantwortung sehr sachlich getan. Für uns im Zentralrat der FDJ war das Anlass, unser Konzept, die Jugend für unsere Vorhaben mehr zu gewinnen, energischer umzusetzen. Wir waren der Meinung, zu diesem Zeitpunkt bereits einen Wandel im Führungsstil innerhalb der FDJ erreichen zu können. Laufend analysierten wir danach die politische Situation unter der Jugend und berichteten darüber Egon Krenz, der sich ähnliche Sorgen über die DDR-Entwicklung wie wir in der FDJ-Führung machte. Aber erst im September 1989 stimmte er mir nach meinem Drängen endlich zu, dem Politbüro des ZK der SED eine Analyse zur Frage vorzulegen, warum so viele junge Leute die DDR verlassen, worin auch Erkenntnisse des Leipziger Instituts einfließen.

In der gesamten Gesellschaft herrschte jahrelang verbreitet eine vergiftete Atmosphäre, viele fühlten sich immer irgendwie bewacht oder kontrolliert. Unter leitenden Funktionären traute oft keiner dem anderen. Man musste sehr auf der Hut sein, wenn man irgendwelche Analysen vorstellte, Kritiken äußerte, Veränderungsvorschläge unterbreitete oder diese gar umsetzte. Deshalb blieben unsere Reden und Dokumente auch so phrasenreich. Manchmal verpackten wir unsere Kritik in offizielle Stimmungsberichte, so nach einem Treffen mit Jugendbrigadiern im Frühjahr 1988 zur wirtschaftlichen Situation oder im Herbst 1988 nach dem Verbot der Zeitschrift Sputnik. Treffen Erich Honeckers mit der der FDJ-Führung wären eigentlich eine Gelegenheit zur offenen Aussprache gewesen, die wir leider nicht genutzt haben. Es waren reine Schauvorstellungen, bei denen wir uns gegenseitig Treue schworen. 1988 wurde im ZK jemand gesucht, der dem Kulturminister Hoffmann öffentlich widersprechen sollte, weil er in Erwägung gezogen hatte, dass die Systemauseinandersetzung und damit der ideologische Streit zwischen Ost und West beendet werden könnten. Unter den Künstlern fand sich niemand. Um den mir bereits bekannten Verdacht gegenüber der FDJ, die mit offenen Diskussionen angeblich zur Destabilisierung der politischen Situation beitrug, zu entkräften, übernahm ich die mir peinliche Aufgabe, Minister Hoffmann öffentlich zu kritisieren. Vorher hatten wir es allerdings in der FDJ abgelehnt, das Verbot sowjetischer Filme zu fordern, und in einem Stimmungsbericht den breiten Protest gegen das Sputnik-Verbot signalisiert. Mit Margot Honecker hatten wir über offene Debatten in Schulungslagern und sog. „Speakers corner“ gestritten. Sie folgte unserer Konzeption zum FDJ-Studienjahr nur zögerlich, wo wir Fragen zur Geschichte der DDR stellen und beantworten wollten. Sie fürchtete ungesteuerte Fragestellungen. Es wundert mich sehr, dass sie im Gespräch mit Frank Schumann so tut, als habe sie von diesem Schulungsmaterial noch nie etwas gehört. Zur Maidemonstration 1989 wurden vom MfS Gorbi-Transparente radikal vor der Tribüne aus dem Demonstrationszug entfernt. Daraufhin habe ich dem damaligen 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Günter Schabowski das Demo-Konzept der FDJ für das bevorstehende Jugendfestival erläutert (freiwillige Teilnahme, selbst gestaltete Transparente), um ihn zu gewinnen, administrative Maßnahmen zu unterlassen. Er hat mich gar nicht verstanden. Manfred Gerlach von der LDPD kam zu mir, um sich über die Ossietzky-Aktion zu beschweren. Was sollte ich tun und warum die FDJ? André Hermlin (Sohn von Stephan Hermlin) kam in den FDJ-Zentralrat und forderte uns auf, gemeinsam gegen Neonazis etwas zu unternehmen. Die gab es aber offiziell gar nicht. Wir leitenden Funktionäre im FDJ-Zentralrat nahmen an hunderten Jugendforen teil und versuchten, frei aktuelle Fragen zu beantworten, ein Stil, den sonst nur wenige leitende

Funktionäre pflegten. An Schulen gab es so etwas kaum. Als 1987 FDJ-Funktionäre der Oberschulen Margot Honecker ehrliche, aber kritische Fragen zur Bevorzugung der Hauptstadt Berlin stellten, wurde darüber sogar der Generalsekretär der Partei informiert. Als ich an einem Forum am Institut für Lehrerbildung Berlin teilnahm, gab es hinterher Aussprachen mit jenen Studenten, die besonders kritisch aufgetreten waren. Kaum jemand wollte zugeben, dass es in seinem Verantwortungsbereich kritische Fragen („Unklarheiten“) gab. Ich fuhr zu Theologie-Studenten nach Greifswald und debattierte mit ihnen frei und tabulos über die Politik der SED. Ich traf mich mit Punkern in Merseburg, was mir nach Veröffentlichung des Bildes in der Jungen Welt öffentliches Unverständnis einbrachte. Noch im September 1989 erwartete die Parteileitung von Schwerin von mir eine Art Entschuldigung für aufmüpfige Diskussionen zum Schweriner Poetenseminar im Sommer. Weil ich an der Versammlung der Rockmusiker im Oktober 1989 teilgenommen hatte, bezichtigte mich Hanna Wolf (Rektorin der Parteihochschule) am Rande der ZK-Tagung am 18.10.1989 (Ablösung Erich Honeckers) der Kumpanei mit der Konterrevolution. Am 9. Oktober 1989 legten Wilfried Poßner, Gerd Schulz und ich endlich Erich Honecker einen ungeschminkten Bericht über die politische Situation unter der Jugend des Landes vor. Erich Honecker erklärte den Text zum „größten Angriff auf die Parteiführung in der Geschichte der DDR“, Gerd Schulz sollte deshalb als Abteilungsleiter Jugend im ZK der SED abgelöst werden. Die Vorlage wurde unter Honecker im Politbüro nicht mehr behandelt.³⁴

Fehlende Auseinandersetzungen mit anderen Auffassungen

In der DDR unterblieb eine Auseinandersetzung mit dem DDR-Sozialismus entgegenstehenden Auffassungen und Konzepten, sowohl intern als auch in den Medien. Das betraf sowohl Konzepte des „Klassengegners“ als auch Konzepte der KPdSU. Margot Honecker umgeht das Problem, indem sie meint, stets nach vorn habe schauen zu wollen, und Kritik des Bestehenden nur von seiner Verbesserung abhalte. Das erwies sich aber als ein verhängnisvoller Irrtum in zweierlei Hinsicht. Erstens hatten wir alle – und besonders auch die Lehrer in den Schulen – damit wenig Übung, uns tatsächlich mit „gegnerischen“ Konzepten auseinanderzusetzen, und zweitens unterblieb damit ein kritisches Hinterfragen der eigenen Konzepte und möglicher Korrektur derselben. Ich glaube aber auch, dass es in vielen Fällen geistig-intellektuelles Unvermögen unsererseits war, uns der Auseinandersetzung nicht stellen zu wollen. Wir waren dank des klassenmäßigen Schwarz-Weiß-Denkens unfähig dazu und trauten das deshalb auch nicht unseren Pädagogen oder gar den Jugendlichen und Kindern zu. Wir fürchteten, dass sie von diesen Ideen eher ergriffen werden könnten. Die Alternative war, sich der Auseinandersetzung einfach zu verweigern. Margot Honecker gebraucht an einer Stelle den Begriff „Mehrheiten gewinnen“, das unterblieb aber leider eben. Das einmal erdachte Konzept galt, da gab es möglicherweise zunächst ein gesellschaftliches

³⁴ Am 11. Oktober 1989 kam Egon Krenz von der Sitzung des Politbüros (noch unter Leitung Erich Honeckers), auf der erstmals nach zweitägiger Debatte eine Erklärung zur aktuellen Lage angenommen wurde. Honecker habe die Sitzung mit Bemerkungen zu einer Vorlage der FDJ eingeleitet. Da werde gefordert, die Parteiführung abzulösen. Der Pädagogische Kongress werde angegriffen. Es sei der größte Angriff der FDJ auf die Parteiführung seit 40 Jahren, so etwas habe es noch nicht gegeben. Willy Stoph erklärte dazu auf der 10. ZK-Tagung: „Wir haben die Vorlage nie behandelt. ... Honecker hat sie nur als Angriff gegen Egon Krenz benutzt.“ Egon Krenz erklärte dazu, er habe dann die Vorlage zurückgezogen, damit das Feuer nicht auf die FDJ gerichtet wurde. Am gleichen Tag rief mich Egon Krenz an und schlug mir vor, an Erich Honecker einen Brief zu schreiben, in dem die FDJ der Presseerklärung des Politbüros zustimmt, was ich gemacht habe. Unsere Vorlage wurde dann erst am 31.10.1989 vom Politbüro unter Leitung von Egon Krenz zustimmend zur Kenntnis genommen.

Grundeinverständnis, das musste man nicht mehr hinterfragen lassen. Ein wohl folgenreicher Irrtum! Was wären denn „heiße Eisen“ der Debatte gewesen, die wir umgangen haben? Da denke ich zunächst an Individualismus und Egoismus im Vergleich zu Kollektivität und Kameradschaft, an die Bedeutung materieller oder ideeller Werte, an Schuld und Unschuld für die Verbrechen der Hitlerzeit, an den Holocaust und das „Existenzrecht Israels“, an historische Konflikte wie den Hitler-Stalin-Pakt und die Rolle von KPD und SPD bei der Machtergreifung von Hitler, die Teilung Deutschlands, Vergleich der beiden deutschen Verfassungen, die deutsche Nation in zwei verschiedenen Gesellschaften und Staaten, den Mauerbau 1961, die Wahrheit über die Raketenstationierung 1983, Ökonomie und Ökologie usw. Ich gebe zu, dass da einige sakrosankte Thesen ins Wanken gekommen wären, deshalb sollten solche Debatten ja nicht sein. Die hoch gepriesene Freundschaft zur Sowjetunion leidet natürlich bei einer Diskussion der Verbrechen Stalins. Die Debatte über Freiheit und Meinungspluralismus hätten wir nie gewonnen. Was hätten wir der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und dem Pluralismus der Meinungen entgegensetzen können? Der Runde Tisch und andere demokratische Foren waren ja noch nicht erfunden, die Volksaussprachen zu Gesetzen der Volkskammer gab es nicht mehr. Versuche, eine andere effizientere Wirtschaftsstruktur und das Eigeninteresse der sozialistischen Produzenten zu wecken, wurden schnell zugunsten administrativer Lenkungsmethoden der Wirtschaft wieder abgebrochen. Genossenschaften gab es zwar auf dem Lande, im Handwerk und im Handel, ihr Spielraum war oft nicht sehr groß, private Initiativen im Handel und Dienstleistungswesen waren nicht gern gesehen, die letzten halbstaatlichen Betriebe verbot uns Breshnew. Ideen der Reformpädagogen und andere Schulkonzepte waren Geheimwissen der Experten. Wir kannten nur Diesterweg, Pestalozzi, Fröbel und Makarenko. Letztlich gab es in der DDR keine lebendige geistige Auseinandersetzung. Niemand musste oder durfte um seine Ideen für die Entwicklung der Gesellschaft werben, nur die allwissende Partei bestimmte, was gedacht werden sollte. Bestenfalls Expertenzirkel wurden manchmal gehört. Das Ausbleiben solcher geistiger Erörterungen führte auch dazu, dass es viele Schulabsolventen der DDR niemals gelernt hatten, sich frei und ungezwungen zu artikulieren, ihre Auffassungen komplex darzustellen, für eigene Vorstellungen gewinnend zu werben, überhaupt gut und überzeugend zu reden, ein Mangel, der ihnen unter neuen Verhältnissen noch lange anhing.

Angst vor der Perestroika

Zur Krux wurde diese fehlende geistige Auseinandersetzung nach Auslösen der Perestroika in der Sowjetunion. Plötzlich standen die Geschichte und die ganze Sozialismus-Konzeption von Lenin und Stalin zur Disposition. Es hätte gute Gründe gegeben, sich mit der Perestroika und den Darlegungen von Gorbatschow auseinanderzusetzen, vor allem dann, als sich zeigte, dass dies auch in der UdSSR nicht zum erwünschten Erfolg führte. Im Sommer 1989 schätzten wir in der FDJ ein, dass sich viele Jugendliche große Sorgen um deren Erfolg machten und schlimme Folgen für die DDR befürchteten, wenn sie nicht erfolgreich sein würde. Mit dem Vorwand, die Freundschaft zur Sowjetunion nicht zu beschädigen, wurde aber einer Auseinandersetzung ausgewichen und alles verschwiegen, was dort wirklich geschah. Filme wurden verboten, Zeitschriften nicht ausgeliefert oder von der Vertriebsliste gestrichen, Gorbi-Fans bedrängt. Plötzlich sollte das Gegenmittel der „Sozialismus in den Farben der DDR“ sein. Es machte viele Jugendliche aber misstrauisch, dass die DDR nur darauf bestehen wollte, den eigenen angeblich erfolgreichen Kurs fortzusetzen. Margot Honecker glaubt noch heute wie Erich Honecker daran, dass es keinen Grund gab, die Stalin-Zeit zu hinterfragen. Das hätte ja auch ihr gesamtes Weltbild ins Wanken gebracht. Die jungen Leute in der DDR bemerkten jedoch den Widerspruch zwischen öffentlich erklärter Freundschaft und verborgener Distanzierung und wurden

dadurch misstrauisch. Die Parteiführung hielt es nicht mal für geboten, darauf aufmerksam zu machen, dass die Westpolitik der UdSSR die DDR zur Disposition stellt. Selbst zum 40. Jahrestag noch sollte dem DDR-Volk ein Schauspiel der Freundschaft geboten werden. Die Gorbi-Rufe der FDJler zum Fackelzug konterkarierten das. Im Fernsehen berichtet Margot Honecker darüber, dass sie darüber sehr erregt war und auf der Heimfahrt gemeinsam mit Erich nur geschwiegen habe. Sie fragt sich aber nicht, warum es zu diesem emotionalen Ausbruch kam. Sie hält es für organisiert und spekuliert im Fernsehen, warum das Auto des Staatsratsvorsitzenden nicht das erste war (das kann nur das tote MfS beantworten!). Sie hat offensichtlich keine Ahnung von der wirklichen Stimmung unter den Jugendlichen zu jener Zeit. Wahr ist allerdings, dass mir geraten wurde, Michael Gorbatschow und die anderen Führer der sozialistischen Länder nicht wie eigentlich geplant namentlich zu begrüßen.³⁵ Eine dementsprechende Begrüßungsformel habe ich dann gefunden, die der Bedeutung der Anwesenheit Gorbatschows gerecht wurde. Gleichzeitig hatten die Verantwortlichen für den Fackelzug von mir den Auftrag, Sympathiekundgebungen für Gorbatschow zu fördern und keinesfalls zu unterbinden, wie es der aktuellen Stimmungslage entsprach. Im DDR-Fernsehen wurden dann jedoch die Tonübertragung manipuliert und die Gorbi-Rufe unterdrückt.

Verfehlte Medienpolitik

Die Schule der DDR lebte nicht im luftleeren Raum. Lehrer und Schüler lasen Zeitung, hörten Radio und sahen Fernsehen, viele unter ihnen hörten täglich Radio Luxemburg oder RIAS oder sahen täglich Westfernsehen. Sie waren also „gut informiert“. Nur die Medienpolitik der DDR tat so, als ob die Leute nur die politische Lage per Volksempfänger verfolgten. Die einzige Ausnahme war trotz aller Beschränkungen die JUNGE WELT. Es bedurfte dafür viel Mut des Chefredakteurs. Selbst Margot Honecker tritt in dem Buch-Gespräch noch für die desolante Medienpolitik ein und meint, dass in den Medien immer nur das Positive, das Vorwärtsweisende im Mittelpunkt stehen musste, dass Erfolgspropaganda notwendig sei. Da ist aus pädagogischer Sicht ja viel Wahres dran. Wenn aber das Berichtete immer mehr im Widerspruch zur Realität steht, dann sinkt die Glaubwürdigkeit der Medien. Das Vermeiden von Kritik und Auseinandersetzung mit Erscheinungen, die dem Erfolg entgegenstehen, war ein unverzeihlicher Mangel. Die Schüler kannten von zu Hause und aus dem polytechnischen Unterricht sehr wohl auch die Probleme in der Wirtschaft, oft waren sie von Stillstandszeiten selbst im Unterricht oder Sonderschichten ihrer Eltern am Wochenende von den Problemen der Wirtschaft direkt betroffen. Sie waren der Erfolgsmeldungen einfach überdrüssig. Hinzu kamen die fehlende Auseinandersetzung mit anderen politischen Themen, unsägliche Meldungen über Ausreisende oder Protokollmeldungen, die lebensfremd waren. Niemand in der Parteiführung wollte dies wahrnehmen. Für die Schule war damit aber ein unlösbarer Konflikt entstanden, der Unterrichtsinhalt hatte immer weniger mit dem zu tun, was die Schüler im Leben bewegte und gab deshalb keine Antworten. Viele Lehrer fühlten sich absolut überfordert, heuchelten selbst oder wichen den Debatten aus.

³⁵ Wie bei solch wichtigen Veranstaltungen üblich, hatte ich bereits die Begrüßungsliste mit dem für die FDJ zuständigen Sekretär des ZK, Egon Krenz, abgestimmt. Wir rechneten entsprechend der allgemeinen Stimmungslage damit, dass beim Nennen des Namens Gorbatschow ein riesiger Jubelsturm losgehen würde. Die zu diesem Zeitpunkt peinliche Begrüßung von Ceausescu (Rumänien) wollten wir dadurch umgehen, ihn in einem Atemzug mit Daniel Ortega (Nikaragua) zu nennen. Am Tag des Fackelzugs wurde ich von Egon Krenz gegen Mittag angerufen. Er bat mich – offensichtlich auf Wink von Erich Honecker – die namentliche Begrüßung „aus Zeitgründen“ wegzulassen. Darüber empört, habe ich danach den Leitern der Bezirksdelegationen geraten, sich im Hinblick auf Jubel für Gorbatschow keinerlei Zwang anzutun, wie es dann auch geschah.

Dabei gab es in der DDR noch kein Internet, keine Handys und kaum Computer. Spätestens diese hätten unser System endgültig aus den Angeln gehoben.

Zu Denkweisen der Führung der DDR

Als ich 1983 zum 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ gewählt worden war, gratulierte mir Margot Honecker mit den markigen Worten handschriftlich: „Wir wünschen dir und deinem Kollektiv viel Kraft, viele gute Ideen, erfolgreiches Wirken, damit die Jugend unseres Landes von Generation zu Generation die Stafette weitergibt, die ihr die Partei vertrauensvoll in die Hände gegeben hat. Dir ganz persönlich noch einmal einen festen Händedruck.“

Unser Verhältnis war in all den Jahren bis 1989 kameradschaftlich und freundschaftlich. In mehrfachen Gesprächen, die ich entweder im Beisein von Helga Labs oder Wilfried Poßner im Ministerium für Volksbildung mit ihr führte, wurden alle anstehenden Fragen stets sachlich und meistens einvernehmlich geklärt. Margot Honecker war immer aufmerksam, erklärte und argumentierte geduldig. Sie machte auf mich stets einen gebildeten und kompetenten Eindruck und war meist auch gut informiert. Die Gespräche mit uns führte sie fast immer ohne Mitarbeiter ihres Ministeriums. Mehrfach trafen wir uns auch auf Konferenzen der Volksbildung oder der Pionierorganisation, auf Pioniertreffen oder Leistungsschauen der Pioniere und FDJler der Oberschulen. Sie war mir als Mensch – wenn auch etwas unnahbar – durchaus sympathisch. Ich traf sie auch zufällig privat bei Theaterpremieren.

Wegen ihrer Stellung als Frau des Generalsekretärs vermied ich es jedoch, mit ihr Fragen zu besprechen, die der zuständige ZK-Sekretär Egon Krenz möglicherweise nicht kannte. Ich war mir nicht sicher, was sie mit Informationen aus unseren Gesprächen machte. Ich hatte dann zunehmend den Eindruck, dass das früher freundschaftliche Verhältnis zwischen ihr und Egon Krenz getrübt war.

Margot Honecker gibt in ihrem Buch und dem Fernsehgespräch Einblick in ihr Denken und Handeln am Ende der DDR. Sie zeigt ein bisschen, warum die DDR-Führung um Erich Honecker nicht mehr in der Lage sein konnte, Jugendliche und Kinder für die von ihnen konzipierte Gesellschaft zu begeistern: Ihre ausschließlich „klassenmäßige Sicht“ auf die Ereignisse. Erich Honecker zeigt das auf tragische Weise unter extremen Bedingungen in seinen letzten Aufzeichnungen³⁶ ebenfalls.

Margot Honecker äußerte im September 1989 gegenüber Fritz Dallmann (Vorsitzender des VdgB – Bauernverband) angesichts der Proteste auf den Straßen: „Na, Fritz, jetzt müssen wir durch, da gibt es doch welche, die gleich Panik machen. Haben wir nicht schon schwerere Zeiten erlebt? Erinnerst du dich, wie wir die Bodenreform gemacht haben oder an das Frühjahr 1960, als auch viele wegliefen.“ Mir flüsterte sie bei der Festveranstaltung zum 40. Jahrestag Chinas Ende September 1989 während der Rede des chinesischen Botschafters zu: „Das tut richtig gut, Diktatur des Proletariats und führende Rolle der Partei, das ist nicht so ein verwaschenes Gerede wie anderswo!“ (das war nach den Juni-Ereignissen von Peking!).

Erich Honecker und andere Mitglieder der DDR-Führung sind in einer Zeit aufgewachsen, die sie die physische Bedrohung ihrer Existenz durch kapitalistische Ausbeutung und Krieg elementar spüren ließen. Weil sie gegen diese Zustände kämpften, wurden sie in faschistische KZs oder Zuchthäuser eingesperrt. Daraus bezogen sie ihren Hass gegen die kapitalistische Gesellschaft. Für sie war das ein

³⁶ Erich Honecker: Letzte Aufzeichnungen. Edition ost, 2012

Kampf der Klassen und der sie unterstützenden Kräfte. Mit der DDR und der BRD erschienen ihnen diese Staaten als staatliche Gebilde der Klassen, die sich notgedrungen weiter bekämpfen mussten. Das war deshalb der Kern der sogenannten Klassenerziehung: Ein klares Freund-Feind-Bild. Übersehen wurde dabei meiner Meinung nach die Differenziertheit und die Tatsache, dass in diesen Gesellschaften ganz unterschiedliche Individuen wirkten. Auch führte das dazu, dass kulturelle Leistungen des Bürgertums, des Adels geringgeschätzt wurden. Dieses Konzept übersah, dass es für junge DDR-Bürger gar keine Möglichkeit mehr gab, die „feindliche bürgerliche Klasse“ in Staatsform zu bekämpfen, zumal nicht unter einer Politik, die die friedliche Koexistenz zur Prämisse erhob. Dieses Freund-Feind-Bild musste objektiv scheitern, weil es nicht die reale politische Lage widerspiegelte, die Differenziertheit der politischen Kräfte viel zu wenig berücksichtigte. Heute wird oft behauptet, dies sei eine Folge des Kalten Krieges gewesen. Den Kalten Krieg haben aber beide Seiten geführt, unsere Munition war dabei die undifferenzierte Klassenerziehung.

Unterstützt wurde eine solche Denkweise der DDR-Führung auch durch die Historie der Sowjetunion, in der rigoros nach diesen Vorstellungen verfahren wurde (Stalin!). Der Sieg der Sowjetarmee über die faschistischen Peiniger von Erich Honecker und Genossen und ihr Widerstand gegen die Nazis adelte sie quasi zum Sieger der Geschichte. Davon war das Denken in der Führung der DDR bestimmt. Die Autorität ihrer Führer erwuchs so vor allem aus ihrer antifaschistischen Vergangenheit und nicht immer aus ihrem Denken und Handeln bei der Lösung der Aufgaben der Gegenwart. Deshalb musste Gorbatschow wie ein Signal für junge Leute wirken.

Im Sommer 1989 gab es in der DDR eine sehr widersprüchliche Situation unter der Jugend der DDR, die die politische Führung der Gesellschaft wohl nicht mehr begriff. Trotz der durch die Öffnung der Grenzen in Ungarn entstandenen neuen Fluchtbewegung gab es nach wie vor unter großen Teilen der Bevölkerung eine sogar dominierende grundsätzliche Zustimmung zur DDR. Seit Pfingsten 1989 traten gar noch 12 698 FDJ-Mitglieder der SED bei. Diese Zustimmung zeigte sich auch (trotz der von mir gemachten Einschränkungen hinsichtlich der Teilnehmer an solchen Manifestationen) sowohl während des Nationalen Jugendfestivals zu Pfingsten in Berlin, was mich auf dem IX. Pädagogischen Kongress unter diesem Eindruck eines Festes der Lebensfreude sagen ließ: „War das eine Jugend!“. Ein ebensolches Zeugnis der DDR-Verbundenheit war auch der FDJ-Fackelzug und das dort von mir in der ehrlichen und festen Überzeugung – unterschrieben von 60 000 Teilnehmern – vorgetragene Gelöbnis: „Dieses Land ist unser Land. Hier sind wir zu Hause. Hier haben wir noch viel vor.“³⁷ Das entsprach in der Intention jenen Worten auf Montagsdemos, die laut skandierten „Wir bleiben hier!“. Für diese immer noch vorhandene positive Grundstimmung zur DDR als Alternative zur BRD hatte die damalige Führung der DDR um Erich Honecker – trotz unserer schriftlich unterbreiteten Warnungen – keine konstruktive Konzeption anzubieten. Es wurde übersehen und geringgeschätzt, dass mit dieser Stimmung die Erwartung einer dynamischen Weiterentwicklung des Sozialismus verbunden war, hin zu mehr demokratischer Mitwirkung, hin zur besseren Befriedigung neu entstandener materieller und geistiger Bedürfnisse des Lebens, hin zu mehr Weltoffenheit und Freiheit.

³⁷ Junge Welt 09.10.1989: Berichte über den 40. Jahrestag der DDR mit Erneuerung des Gelöbnisses der Jugend. Siehe auch Anmerkungen mit dem Text des Gelöbnisses.

Zusammenfassung

Die Ausreisenden 1989 waren alle durch unsere Schule gegangen. Es gab mir stets sehr zu denken, dass über Jugendtourist sogar junge Lehrer und Pionierleiter die DDR verließen. Die Verbundenheit der „Flüchtlinge“ mit der DDR reichte nicht, um trotz eigener guter akzeptabler Lebensverhältnisse den materiellen und ideellen Verlockungen des Westens nicht zu erliegen. Das ist auch das nicht erreichte Ergebnis schulischer Bildung und Erziehung. Die materiellen und freiheitlichen Versprechungen des Westens waren stärker als die Bindung an den Sozialismus in der DDR.

Meine Erkenntnisse:

1. Das Gesellschaftsmodell Sozialismus (in der DDR und anderen sozialistischen Ländern) war nicht in der Lage unsere ehrenwerten politischen und pädagogischen Ideale in die Praxis auf Dauer umzusetzen, weil der eigentlich exponierten Stellung des Subjekts Mensch darin zu wenig Bedeutung beigemessen wurde.
2. Der Mensch ist zwar politisch klug führbar, aber nicht in jedem Fall grundsätzlich veränder- und formbar. Insofern bleibt es eine nicht erfüllbare Anmaßung, alle Kinder und Jugendlichen im Sinne nur der sozialistischen oder gar kommunistischen Ideale erziehen zu wollen.
3. Der Sozialismus war auch wegen der Verminderung der Rolle des Subjekts nicht in der Lage, eine höhere Arbeitsproduktivität zu erzeugen als sein Widerpart, die kapitalistische Gesellschaft. Das minderte seine sozialpolitische Attraktivität und schränkte seine sozialpolitischen und politischen Wirkungsmöglichkeiten erheblich ein.
4. Unter den Bedingungen einer gespaltenen deutschen Nation bedeutete die Etablierung einer grundsätzlich anderen Gesellschaft ein hohes Maß an ideologischer Erziehung und Überzeugung von der Richtigkeit dieser Alternative. Das bedeutete letztlich eine Überforderung der Mehrheit der Bevölkerung der DDR, die als Deutsche in der BRD eine attraktivere Alternative sah.
5. Der Kalte Krieg wurde stets von beiden Seiten geführt. Er konnte deshalb kein Argument für das enge Erziehungskonzept der Klassenerziehung in der DDR sein, zumal sich die Klassenverhältnisse in der DDR bereits grundlegend verändert hatten.
6. Der Stil der Machtausübung in der DDR wäre nach Akzeptanz der Realitäten veränderbar gewesen. Darauf allein zielten Ende der 1980er Jahre unsere Bemühungen. Ob dies zu einer größeren Stabilität oder einem früheren Untergang der DDR geführt hätte, ist heute schwer zu sagen. Der Versuch wäre es aber wert gewesen. Er scheiterte letztlich am Dogmatismus der Partei- und Staatsführung.
7. Es ist ein unverzeihlicher Fehler, dass die Reformimpulse der Perestroika aus der Sowjetunion nicht für eine eigene konstruktive Weiterentwicklung des Sozialismus in der DDR mit größeren emanzipatorischen Möglichkeiten genutzt wurden. Dafür gab es aber auch keine Konzeption.
8. Wenn ich auch 1988/1989 nicht alle diese oben genannten Erkenntnisse gehabt habe und mich stets diszipliniert verhalten und nicht opponiert habe, verurteile ich heute meinen feigen Opportunismus, nicht früher auf von mir erkannte Fehlentwicklungen in Partei, Gesellschaft und FDJ energischer aufmerksam gemacht zu haben und leider auch keine persönlichen Konsequenzen gezogen habe.

Nachbemerkung

Margot Honecker hat noch am 11. Oktober 1989 auf einer Beratung mit ihren Bezirksschulräten geglaubt, eine Orientierung für die Volksbildung geben zu können.³⁸ Sie selbst verließ am 31.10.1989 ihr Ministerium ohne förmlichen Rücktritt.

Ich selbst habe an Möglichkeiten der Veränderungen noch bis Mitte November 1989 geglaubt und mich auf der 10. Tagung des ZK und der Tagung des Zentralrats der FDJ im November 1989 für eine neue FDJ eingesetzt.³⁹

Ob vom Sozialismus in der DDR und seinem Bildungswesen – wie Margot Honecker im Fernsehen meint – ein Samenkorn für Künftiges bleibt, wage ich zu bezweifeln. Unsere politischen und pädagogischen Ideale bleiben allerdings allemal! Die bitteren Erfahrungen der Niederlage unter den Bedingungen der DDR aber auch!

Eberhard Aurich
25.05.2012

³⁸ Die Beratung Margot Honeckers mit den Bezirksschulräten fand zwei Tage nach einer Sitzung des Politbüros des ZK der SED statt. Am gleichen Tag fand eine Beratung mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen der SED statt, bei der die 1. Sekretäre Erich Honecker die Vertrauensfrage gestellt haben sollen. Ich nahm an diesem Tag an einer Parteiversammlung im Werkzeugmaschinenkombinat „7. Oktober“ Berlin teil, verlas dort die Erklärung des Politbüros und wurde Zeuge einer emotionalen Diskussion, in der auch Streikbereitschaft zum Ausdruck gebracht wurde. Darüber informierte ich am gleichen Tag Egon Krenz. Daraufhin erhielt ich einen sichtlich nervösen Anruf von Erich Mielke und vom 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Helmut Müller, wie ich zu der Einschätzung einer Streikgefahr denn käme. Einen Tag, nachdem Margot Honecker mit den Bezirksschulräten beriet, flog Egon Krenz nach Leipzig, um mit der SED-Bezirksleitung und den dortigen Sicherheitskräften zu besprechen, wie die erneut bevorstehende Montagsdemo wieder gewaltfrei stattfinden kann. Am 18. Oktober 1989 wurde Erich Honecker als Generalsekretär des ZK der SED vom ZK abgewählt, Egon Krenz wurde zum neuen Generalsekretär gewählt.

³⁹ Eberhard Aurich: Diskussionsbeitrag auf der 10. Tagung des ZK der SED, Protokollband der Tagung vom 09.11.1989. Am 24. November 1989 werden auf meinen Vorschlag hin 40 überalterte Mitglieder des Zentralrats der FDJ, darunter ich selbst, abgewählt. Es wurde eine neue FDJ-Führung unter Leitung von Frank Türkowski gewählt.

Anmerkungen

Aus: Hermann Kant: Offener Brief an die Junge Welt

Striktesten Einwand erhebe ich, wenn man mich als einen hinstellt, der glaubt, unsere derzeitige Niederlage sei einzig auf das Wirken des allbösen Klassenfeindes zurückzuführen. ... Einwand erhebe ich, wenn man mich zu denen zählt, die nicht fragen wollen, warum man den bösen Buben wohl Folge leistet und Freunde, Nachbarn, Arbeit, Wohnung, Pläne, Heimat und kleinen Besitz in den Wind schlägt. Schärfsten Widerspruch lege ich ein, wenn man den Anschein erweckt, ich sei des Glaubens, meines Gegners Kraft allein veranlasse junge Frauen, ihre Kinder über Botschaftszäune zu reichen, und dieselbe Kraft bewege junge Männer, freiwillig Quartier in fremden Kasernen zu suchen.

Ja doch, die anderen wollen uns wiederhaben, und wer zu ihnen geht, löst diesen Willen auf persönlichste Weise ein. Das entbindet uns jedoch nicht der Frage, was an unseren Verhältnissen jemanden veranlasst, jemanden, der eben noch Bürger dieses Landes, Schüler unserer Schulen, Leser eurer Zeitung (Junge Welt, EA) war, sich auf undurchschaubar andere, unzweifelhaft riskante Verhältnisse einzulassen. So wahr es auch ist, so bringt es uns doch nicht weit, wenn wir andeuten, gar mancher habe beim Weggang weniger Klassen als Hubraumklassen im Auge und verspreche sich goldene Berge dort, wo sich doch so rostige Halden türmten. Jetzt kommt es nicht so sehr darauf an, die anderen schlecht, als vielmehr das Eigene gut zu machen. Weniger vor dem Sumpf da drüben warnen ..., mehr an die eigene Nase fassen (Selbstkritik nannte man das vor Zeiten).

Eine Niederlage ist eine Niederlage, und passe sie noch so schlecht in den Vorabend eines gloriosen Feiertages.

Ich weiß kein Rezept gegen zu geringe Arbeitsproduktivität und ein reizloses Lohnsystem. ... Es ging um Freiheit, vor der sie da drüben glauben, sie hätten die Fülle davon, und vor der wir hierzulande denken, sie bestünde in der Abwesenheit von Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Sozialelend und Bildungsnot. Darin besteht sie sicher zu größeren Teilen, und in der Abwesenheit von Kriegsfurcht, Konzerndiktat, Ausbeuterei und Großbesitz besteht sie zuallererst, aber zum einen hält der Mensch derlei Güter, verfügt er nur lange genug über sie, für selbstverständlich und will sich nicht immerfort als dankbar für sie erweisen müssen, und zum anderen fressen bürokratische Gängelung, allwaltender Pädagogismus, verordnete Abstinenz gegenüber Gütern, die anderswo als Normbestandteile des 20. Jahrhunderts gelten, mangelnde Freizügigkeit von Ideen im eigenen Lande und der Trichterbegriff von Agitation an dieser bei uns doch so reichlich vorhandenen Substanz.

Wenn wir nicht möchten, dass uns diejenigen, denen wir uns weggenommen haben und die uns wiederhaben wollen, sukzessive wiederkriegten, müssen wir uns selbst verständigen. Kritisch und selbstkritisch, offen, nicht wehleidig, hart und geduldig. Hellhörig, was auch ohne Misstrauen geht. Vertrauensvoll, was nicht ohne Wachheit geht. Unter Verzicht auf Pomp und Gepränge und diese elendige Selbstzufriedenheit.

Hermann Kant: Junge Welt. 09.10.1989, S. 10

Erneuertes Gelöbnis der Jugend zum 40. Jahrestag der DDR

Auferstanden aus Ruinen, wurde vor 40 Jahren
erstmals in der deutschen Geschichte
ein Staat des Friedens und der Freiheit gegründet,
eine Republik der Demokratie und des Sozialismus,
ein Land, das dem Volk und seiner Jugend
ein besseres Leben bringen wollte und es brachte,
unsere Deutsche Demokratische Republik.
Die Freie Deutsche Jugend gelobte ihr im Oktober 1949
ihre Treue und ihre Tat.
Zu diesem Wort stehen wir auch heute,
in dieser kampferfüllten Zeit.
Es ist und bleibt unser Wille,

den Sozialismus in unserem Land zu stärken und zu schützen,
die Ideen von Marx, Engels und Lenin
unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu verwirklichen,
alles Edle und Gute deutscher Geschichte fortzuführen,
verbunden mit unseren Freunden und Kampfgefährten in aller Welt
im Geiste des Humanismus und des Fortschritts zu handeln.
Es ist und bleibt unser Entschluss, mit der Kraft des ganzen Volkes
unser Land immer schöner und lebenswerter zu gestalten,
das Geschaffene zu achten und zu wahren,
ihm Eigenes und Neues hinzuzufügen.
Entschieden wenden wir uns gegen die Feinde des Friedens und des Sozialismus,
gegen jene, besonders in der BRD, die unter der Flagge des Antikommunismus,
Revanchismus und Neofaschismus sich in unsere Angelegenheiten einmischen,
unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat angreifen und beseitigen wollen.
Aber wir lassen nicht zu, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.
Wir wollen und werden unsere Zukunft im Sozialismus selbst bestimmen.
Wir haben unser Leben vor uns.
Deshalb stellen wir uns der Verpflichtung,
gemeinsam mit der Sowjetunion und den anderen Ländern des Sozialismus,
mit allen friedliebenden Menschen
eine Welt zu erkämpfen ohne Krieg und Völkerzwist,
ohne Atomwaffen und ohne Hunger,
ohne Ausbeutung und Rassenhass.
Wir wollen den Frieden bewahren und die Umwelt erhalten,
wir wollen eine Zukunft der Menschheit in Würde.
In Anwesenheit uns lieber Gäste aus aller Welt erklären wir
als Staatsbürger der DDR gegenüber der Partei der Arbeiterklasse und unseren Freunden in der Nationalen
Front:
Dieses Land ist unser Land.
Hier sind wir zu Hause. Hier haben wir noch viel vor.
Hier verwirklichen wir unsere Pläne und schaffen unser Glück.
Hier arbeiten und lernen, studieren und forschen, tanzen und lieben wir.
Hier wollen wir leben in Freundschaft und helfen einander.
Darum stehen wir fest zu unserem Vaterland,
zu unserer Heimat,
zu unserer Gegenwart und Zukunft in Frieden und Sozialismus,
zu unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Junge Welt, 09.10.1989, S. 1

Diesen Text entwarf ich am Abend des 10. September 1989, an dem Tag, als Ungarn seine Grenzen zu Österreich öffnete.
Alle 60 000 Teilnehmer am Fackelzug haben sich vorher mit diesem Text beschäftigt und ihn persönlich unterzeichnet.

Einige Phrasen und mehr und mehr entwertete Worte

Alles für das Volk, alles mit dem Volk, alles durch das Volk!

Alles zum Wohle des Volkes!

Antifaschistischer Schutzwall

Arbeite mit, plane mit, regiere mit!

Arbeiter-und-Bauern-Staat

Banner der Errungenschaften

Bau auf, bau auf, Freie Deutsche Jugend, bau auf!

Der Marxismus ist allmächtig, weil er wahr ist.

Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik

Es bleibt dabei – Westberlin wird frei! (Mailosung 1962)

Es lebe die Deutsche Demokratische Republik, der einzig rechtmäßige deutsche Staat (Mailosung 1962)

Freundschaft!

Frieden und Sozialismus

Für Frieden und Sozialismus, seid bereit! Immer bereit!

Helfer und Kampfrserveder Partei

Historische Mission der Arbeiterklasse

In Ordnung bringen, was noch nicht in Ordnung ist

Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen

Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden

Jeder Tag mit guter Bilanz

Jüngste Helfer der Partei

Klassenstandpunkt

Klassenerziehung

Kontinuität und Erneuerung

Mein Arbeitsplatz – ein Kampfplatz für den Frieden

Partei – Vortrupp/Stoßtrupp der Arbeiterklasse

Partei der Arbeiterklasse

Roter Oktober

Sieger der Geschichte

So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben

Sozialismus in den Farben der DDR

Thälmann'sche junge Garde

Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen

Wissenschaftliche Weltanschauung

Wo ein Genosse ist, da ist die Partei

Wohl des Volkes

Mein Bildungsweg in der DDR und der meiner Familie

Eberhard Aurich, geboren 1946, zwei Geschwister

Vater: Volksschule, Handelskaufmann, Soldat, seit 1946 Betonbauer/Meister, vor 1945: Mitglied der NSDAP, in der DDR: FDGB, Mitglied der SED (seit 1968)

Mutter: Volksschule, Hausfrau, Haushalthilfe, vor: 1945: BDM, in DDR: parteilos

Schule:

1953-1961 Grundschule, 1961-1965 Erweiterte Oberschule mit Berufsausbildung, 1965 Abitur, Facharbeiterbrief (Betonfacharbeiter), Lessing-Medaille des Ministeriums für Volksbildung für Abiturleistung

1965-1969 Studium am Pädagogischen Institut Zwickau, 1969 Diplomlehrer für Deutsch und Staatsbürgerkunde (Lehrbefähigung bis Klasse 12), Stipendium: 270 Mark, ab 1970 Johannes-R.-Becher-Stipendium für beste Germanistikstudenten (275 Mark), 1969 Diesterweg-Preis für beste Lehrerabsolventen

1969 Hauptamtlicher Funktionär der FDJ in der FDJ-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt (für Studenten), 1972-1977 stellv. Leiter der Abteilung Studenten im Zentralrat der FDJ, 1977-1980 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt, 1980 2. Sekretär des Zentralrats der FDJ, 1983-1989 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ, 1981-1989 Mitglied des ZK der SED, 1981-Januar 1990 Mitglied der Volkskammer der DDR, 1986-1989 Mitglied des Staatsrats der DDR

1990-1992 Fortbildung zum Lernsystem-Lektor an einem Privatinstitut, 1992-2011 Geschäftsführer des Verlags trainmedia GmbH und Herausgeber der Fachzeitschrift WORTSPIEGEL im Verbund der privaten Lehrinstitute für Orthographie und Schreibtechnik, 2005-2011 Projektleiter und Geschäftsführer der DIDEON GmbH (Online-Rechtschreibtest)

Seit 2012 Rentner

Verheiratet mit Rita Aurich, geb. 1946

Vater: Volksschule, KfZ-Mechaniker, selbständiger Handwerksmeister, vor 1945: NSDAP, in DDR: parteilos

Mutter: Volksschule, Hausfrau, vor 1945: BDM, in DDR: parteilos

Schule:

1953-1961 Grundschule, 1961-1965 Erweiterte Oberschule mit Berufsausbildung, 1965 Abitur, 1966 Facharbeiterbrief (Krankenschwester)

1966-1972 Studium der Medizin an der Karl-Marx-Universität Leipzig, kein Grundstipendium, aber Leistungsstipendium, ab 1969 nach Heirat auch Grundstipendium (190 Mark)

1972 Fachärztin für Allgemeinmedizin in Polikliniken und im Betriebsgesundheitswesen, 1991 nach Auflösung der Betriebspoliklinik im Kabelwerk Köpenick entlassen, medizinische Gutachterin, seit 1996 erwerbsunfähig, seit 2011 Rentnerin

Ein Sohn, geb. 1972

Schule:

1978-1988 Polytechnische Oberschule, 1988-1991 Berufsausbildung mit Abitur (Elektromechaniker)

1991-1996 Jura-Studium an der Humboldt-Universität Berlin

Heute: Amtsrichter in Berlin

Unser Wohngebiet in Berlin

Wir wohnen im Allende-Viertel I in Berlin-Köpenick. Vermieter sind eine städtische Wohnungsgesellschaft (DEGEWO – Nachfolger der Kommunalen Wohnungsverwaltung) sowie eine Wohnungsgenossenschaft (ehem. AWG). Die 10geschossigen Plattenbauten wurden ab 1971 errichtet. In Allende I und II sind heute 6 800 Wohnungen. Ab 1994 und in den Folgejahren wurden alle Häuser nach und nach mit Fördermitteln Berlins saniert und mit einer neuen Wärmedämmung ausgestattet. Die Außenanlagen einschließlich der Kinderspielplätze wurden erneuert.

Zum Wohngebiet gehörten von Anfang an zwei Polytechnische Oberschulen, drei Kindergärten/Krippen-Kombinationen, eine Schwimmhalle, ein Einkaufszentrum mit Jugendklub und Dienstleistungswürfel, zwei Altersheime. Heute gibt es in den damals errichteten Gebäuden ein Gymnasium (Emmy-Noether-Gymnasium) und eine Grundschule (Amtsfeld-Grundschule), eine KITA, eine KITA für behinderte Kinder, ein weiteres Gebäude wird gegenwärtig zum Schulhort für die Grundschule umgebaut. Beide Schulen und alle Kindereinrichtungen wurden in den vergangenen Jahren rekonstruiert und modernisiert (teilweise mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung). Die Schwimmhalle wurde komplett erneuert (mit Mitteln der EU). Die ehemalige Kaufhalle wurde abgerissen und durch ein modernes Einkaufszentrum mit einer Vielzahl von Geschäften ersetzt. Den Jugendklub gibt es nicht mehr. In einer KITA finden an den Abenden jetzt auch Seniorenveranstaltungen statt. Das Wohngebiet ist per Bus und Straßenbahn zu erreichen. In unmittelbarer Nähe befinden sich ein DRK-Krankenhaus und ein Ärzte-Zentrum.

Heute gilt dieses Wohngebiet als eines der schönsten und grünsten in Berlin, es gibt kaum Leerstand. Es verkörpert eine hohe Lebensqualität. Ende August dieses Jahres wird der 40. Geburtstag dieses Wohngebiets gefeiert.

Das Gebiet trägt den Namen von Dr. Salvador-Allende, frei gewählter Präsident Chiles von 1970 bis 1973, der nach einem Militärputsch sich im Präsidentenpalast im September 1973 das Leben nahm. Eine Straße ist nach dem großen chilenischen Dichter Pablo Neruda benannt (Nobelpreis für Literatur 1971). Früher trugen die Schulen beider Namen, sie wurden ebenso umbenannt wie das Krankenhaus. Nach dem Militärputsch in Chile wohnten etliche Jahre chilenische Emigranten in diesem Berliner Wohngebiet.

Dank

Herzlichen Dank sage ich Prof. Dr. Walter Friedrich (Leipzig), Prof. Dr. Kurt Starke (Leipzig), Dr. Wilfried Poßner (Lehmin), Gerd Schulz (Loddin), Dr. Irene Köhler (Berlin), Udo Pietsch (Berlin), Jürgen Poppitz (Bernau), Werner Hannig (Selchow), die den Text gelesen haben, mit mir weitgehend übereinstimmen und mir wertvolle redaktionelle Hinweise gaben.

Dank sage ich auch Egon Krenz (Dierhagen), Dr. Wolfgang Herger (Berlin), Helga Labs (Leegebruch), Klaus Eichler (Berlin), Erich Postler (Berlin), die den Text kennen, mit mir in vielen Punkten nicht übereinstimmen und dennoch durch ihre kameradschaftlichen und kritischen Hinweise mich in meinen grundsätzlichen Auffassungen bestärkt und mir geholfen haben, einige Wertungen des Entwurfs zu korrigieren und so eine von meinem Standpunkt aus realistische Sicht auf diese Zeit zu formulieren.

Besonderer Dank gebührt Prof. Dr. Kurt Meiers (em. Prof. der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg, Solothurn-Schweiz) und Dr. Peter May (Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung Hamburg), die als Außenstehende sich kritisch zu meinem Text äußerten und mir halfen, seine darin enthaltenen Wertungen zur Volksbildung in der DDR zu objektivieren.